

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.30 RM,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnements: 1.30 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.00 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Erreiter-
 und Bekämpfungsaussagen 80 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 20 Pf. (zwei 20 Pf. gedruckt
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellengeluche und Entlassungen
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 29. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Rumäniens Eintritt in den Weltkrieg.

Amtlich. Berlin, 28. August. (W. Z. V.)
 Die rumänische Regierung hat gestern abend Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt. Der Bundesrat wird zu einer sofortigen Sitzung zusammenberufen.

Amtlich. Berlin, 28. August. (W. Z. V.)
 Nachdem, wie bereits gemeldet, Rumänien unter schmählischem Druck der mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossenen Verträge unserem Bundesgenossen gestern den Krieg erklärt hat, ist der kaiserliche Gesandte in Bukarest angewiesen worden, seine Pässe zu verlangen und der rumänischen Regierung zu erklären, daß sich Deutschland nunmehr gleichfalls als im Kriegszustand mit Rumänien befindlich betrachtet.

Rumäniens Kriegserklärung ist nicht überraschend gekommen, wenngleich vielfach angenommen wurde, daß Rumänien mit seiner Entscheidung mindestens noch um einige Wochen warten würde, um erst einen klareren Ueberblick über die weitere militärische Entwicklung der Ereignisse zu gewinnen. Da jedoch der Kampf zwischen den Bulgaren und der Armee Sarraills bereits mit aller Heftigkeit eingeleitet hat, sah sich Rumänien, auf äußerste gedrängt durch die Ententemächte, zu rascher Entscheidung genötigt. Zweifellos war auch das Zusammenfallen der Kriegserklärung Italiens an Deutschland und der rumänischen Kriegserklärung an Oesterreich kein zufälliges, sondern ein abgekartetes Spiel zwischen Italien und Rumänien resp. der Entente und dem heilumwobenen neuen Bundesgenossen.

Da Rumänien seit langem seine militärischen Rüstungen abgeschlossen hatte und seine Armee längst mobilisiert und an der Grenze in Stellung gebracht war, dürften diesmal erstere Zusammenstöße zwischen den Truppen der Zentralmächte und den rumänischen Truppen nicht allzu lange auf sich warten lassen. Schon ist es, wie der österreichische Generalstabsbericht meldet, an der siebenbürgischen Grenze zu Kämpfen zwischen den beiderseitigen Vortruppen gekommen. Aber nicht nur Rumänien allein hat sich seit geraumer Vorbereitet, sondern auch die Zentralmächte hatten angesichts der kritischen Situation und des zu erwartenden Eingreifens Rumäniens seit langer Zeit ihre Vorbereitungen getroffen, so daß die rumänischen Vorstöße gegen Siebenbürgen starken deutsch-österreichischen Streitkräften begegnen dürften. Rumänien wird deshalb ebensowenig mit einem raschen Vorrücken rechnen können wie Italien, zumal gerade so wie an der italienischen Front starke natürliche Hemmnisse in Gestalt hoher Gebirgszüge mit engen Pässen die Entwicklung der Streitkräfte hindern. Diese natürlichen Positionen werden von den Truppen der Zentralmächte verhältnismäßig leicht verteidigt werden können. Läuft doch die rumänisch-ungarische Grenze vom Eisernen Tor bis zum Pruth an den Ausläufern der Karpathen über steile, teils felsige, teils mit dichten Wäldern bedeckte Berge, die Transilbanischen Alpen, die eine Durchschnittshöhe von 1700 bis 2500 Meter erreichen, wie auch die Nordostgrenze durch die Gebirgswälle der Ostkarpathen von 1200 bis 1700 Meter Höhe gedeckt ist. Ueberhaupt ist Rumäniens Grenze einem offensiven Vorgehen Rumäniens schon infolgedessen ungünstig, als auch die Grenze gegen Bulgarien zum größten Teil durch die Donau gebildet wird, die vom Eisernen Tor bis Odeniza eine natürliche Barriere bildet. Erst von Odeniza aus läuft die bulgarisch-rumänische Grenze über flacheres Gebiet, das ebensowohl einen bulgarischen Einbruch gestattet, als umgekehrt auch rumänischen Truppen und vielleicht durch die Dobruza heraneilenden russischen Hilfskräften einen Angriff ermöglicht. In welcher Form sich Rumänien strategisch am Kriege zu beteiligen gedenkt, werden erst die nächsten Wochen ergeben. Einmal ist die Kriegserklärung an Bulgarien und umgekehrt die bulgarische Kriegserklärung an Rumänien noch nicht erfolgt, doch dürfte die Eröffnung der Feindseligkeiten in nächster Zeit nicht unausbleiblich sein.

Rumänien besitzt eine Bevölkerung von 7 1/2 Millionen, so daß es etwa eine halbe Million und im Höchstfalle, bei Heranziehung all seiner Streitkräfte, im Laufe der Zeit etwa dreiviertel Millionen Soldaten stellen könnte. Ueber die Wehrmacht Rumäniens und die Stärke und Gliederung seiner Truppen entnehmen wir der „W. Z. am Mittwoch“ folgende Mitteilungen:

Die rumänische Wehrmacht gliedert sich in die aktive Armee, die Reserve der aktiven Armee und die Miliz (Landsturm). Die aktive Armee und deren Reserve bilden im

Kriege das Operationsheer, die Miliz hat die Bestimmung, im Inneren des Reiches sowie im Rücken der Armee verwendet zu werden, wozu sie nach Bedarf in Einheiten zusammengezogen wird. Bei einer Bevölkerung von etwa 7 1/2 Millionen werden jährlich 70 000 bis 80 000 Mann wehrpflichtig, das Rekrutenkontingent betrug für 1913/14 52 000 Mann, der Friedensstand beträgt etwa 6000 Offiziere und Beamte, 5300 Unteroffiziere, 81 900 Mann und 24 000 Pferde.

Im Frieden gliedert sich die rumänische Armee in 5 Armeekorps mit 10 Infanteriedivisionen, 10 Kavalleriebrigaden und 10 Artilleriebrigaden. Im Krieg bleibt dieselbe Organisation bestehen, es wird nur für die gemeinsame Führung ein Armeekommando, ferner 5 Reserveinfanteriedivisionen errichtet, von denen je eine den einzelnen Armeekorps überwiesen werden, so daß das Armeekorps im Kriege aus drei Divisionen besteht. Im ganzen besteht die Division aus 13 Bataillonen, 3 Eskadronen und 12 Batterien mit einem Gefechtsstande von 14 000 Gewehren, 48 Geschützen und 26 Maschinengewehren.

Im Kriege besteht die Operationsarmee (ohne Ersatz- und Besatzungstruppen und ohne Miliz) aus 220 Bataillonen, 12 Grenzkompanien, 83 Eskadronen, 174 Batterien, 19 Festungsartilleriekompanien und 30 technischen Kompanien, mit einem Gefechtsstande von rund 250 000 Gewehren, 18 000 Reitern, 700 modernen Geschützen und 300 Maschinengewehren. Der vorhandene Ueberdusch an ausgebildeten Mannschaften läßt aber Neuformationen im Kriegsfalle wahrscheinlich erscheinen. Die Entente hatte die Kriegsstärke der rumänischen Armee wiederholt auf 500 000 Mann an. Da Rumänien während der Dauer des Weltkrieges Zeit genug gehabt hat, um die Vorbereitungen dafür zu treffen, muß damit gerechnet werden, daß diese Neuformationen auch unmittelbar bei der Mobilmachung aufgestellt werden können.

Die Bewaffnung der Infanterie besteht aus dem 6,5 Millimeter-„Mannlicher“-Repetiergewehr M. 1893 mit Kapselladung von 5 Patronen und Doldhahonett. Die Kavallerie führt einen ganz gleichen Repetierkarabiner. Die Feldartillerie ist ausgerüstet mit einem 7,5-Zentimeter-Schnellfeuergeschütz, System Krupp 1904, dessen Feuerreichweite 8 bis 10 Schuß in der Minute beträgt. Die Garbithatterien führen eine 10,5-Zentimeter-Schnellfeuerfeldhaubitze, System Krupp, in Rohrrücklauf Lafette. Die schwere Artillerie des Feldheeres, eine Schneider-Gancische 15-Zentimeter-Schnellfeuerfeldhaubitze.

Das Eintreten Rumäniens in den Weltkrieg eröffnet einen neuen gewichtigen Abschnitt des Weltkrieges, bei dem sich in gewaltigem Ringen die Geschicke des Balkans entscheiden werden. Dem Eingreifen Rumäniens gegenüber hat Italiens Kriegserklärung an Deutschland nur eine untergeordnete Bedeutung, da dadurch im großen und ganzen an der militärischen Lage nichts Wesentliches geändert werden wird. Höchstens ist mit der Abgabe italienischer Truppen an die Westfront zu rechnen, wo die hart mitgenommene französische Truppen sehnsüchtig nach Unterstützung aussehnen. Allzu groß aber werden die Truppenkontingente, die Italien für Frankreich abzugeben vermag, nicht sein, da Italien ja durch seine Beteiligung an der Saloniki-Aktion und durch nach Balona entsandte Truppenverstärkungen seine Kräfte bereits ziemlich zersplittern muß.

Rumänien im Kriege.

Der Eintritt Rumäniens in den Krieg trägt das Feuer des Krieges — wenn von Griechenland, das zum Teil schon wider seinen Willen Kriegsschauplatz geworden ist, abgesehen wird — nun auch in den letzten bisher vom Kriege verschonten Winkel Südosteuropas hinein. Was das Manifest der sozialistischen Balkankonferenz vom Juli v. J. warnend verkündete: „Die Balkanvölker werden eingekreist von Feuer und Schwert!“ ist längst schon von der Wirklichkeit überholt worden. Im Herbst vorigen Jahres ergoß sich die Lava des Krieges über Serbien, Montenegro, Albanien bis an die Grenzen Griechenlands. Bulgarien trat um dieselbe Zeit an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein. Die Entente befestigte sich in und bei Saloniki; Italien tat das gleiche in Balona und in den südlichen Distrikten Albanien. Mit dem Fortschreiten der Balkanoperationen wurde auch Nordgriechenland nicht verschont. Nun, nach der rumänischen Kriegserklärung, ist der Ring geschlossen. Keinem einzigen Balkanvolk ist nunmehr die Bitternis des Krieges erspart geblieben.

Wir hören noch bis in die letzten Tage von den verzweifelten Bemühungen unserer rumänischen Genossen, die drohende Kriegsgefahr abzuwenden, die Macht der Kriegs-

beher zu brechen, das Volk zum Widerstande aufzurufen. In zahlreichen Versammlungen, die besonders nach dem Russeneinmarsch bei Maronia und den blutigen Vorgängen in Galatz an Wichtigkeit zunahm, setzten die rumänischen Arbeiter der „interventionistischen“ Machte der Kriegsheber die Forderung der strikten Neutralität und der unbedingten Aufrechterhaltung des Friedens entgegen. Allein die Stimme des Friedens, getragen bloß von der kleinen Schicht der städtischen Arbeiter, mußte in einem Lande verhallen, in dem eine Kaste von Bojaren, unterstützt von der nach politischem und wirtschaftlichem Kriegsgewinn lüsterne Bourgeoisie und ihren nationalistischen Ideologen, die große Masse der in Elend und Sörgigkeit verkommenen Bauernbevölkerung nach ihrem Gutdünken zu gängeln vermag.

Als Grund für die Beteiligung am Kriege wird auch in Rumänien die „Befreiung“ der außerhalb Rumäniens lebenden 6 Millionen Stammesgenossen angegeben. Ein „Groß-Rumänien“ soll geschaffen, das „nationale Ideal“ der Einheit mit den in der Bukowina, in Siebenbürgen und im Banat lebenden Rumänen verwirklicht werden. Dadurch soll Rumänien zur Vormacht im Südosten werden, gebietend über die angrenzenden Balkanstaaten, die es an Größe und Bevölkerungszahl übertreffen und durch seine günstige Lage beherrschend würde. Nach diesem Ideal streben die herrschenden Klassen Rumäniens schon seit Jahren; ihm diente die „Beteiligung“ Rumäniens am zweiten Balkankrieg 1913, in dem Rumänien sich von dem im Rücken angegriffenen Bulgarien ohne Schwerförsch die Dobruza holte; nun soll die Vollendung dieses Ideals verwirklicht werden durch die Teilnahme am Weltkriege an der Seite der Mächtegruppe, zu deren Gunsten sich, nach Ansicht der rumänischen Politiker, die Wage des Kriegsglückes neigt.

Man muß es den rumänischen Politikern lassen, sie haben mit erstaunlicher Kaltblütigkeit und Gerissenheit auf eine ihnen günstig scheinende Chance gewartet. Zwei Jahre lang haben sie, zwischen den beiden mächtigen Koalitionen stehend, eine Schaukelpolitik getrieben, die, solange es ging, unter Vermeidung bindender Zusagen nach irgendeiner Seite die politische und wirtschaftliche Gunst der Situation bis auf die Peize auskostete. Den Gewinn trug freilich nur eine kleine Schicht Kriegslieferanten, Großgrundbesitzer, Berufspolitiker und Boulevardjournalisten davon, während das Volk darbt und unter der Teuerung litt und der Staatshaushalt unter der Last der Rüstungen fast zusammenbrach. Die leitenden Staatsmänner lauerten inzwischen auf den Augenblick, wo sie ihre Verprechungen erfüllen konnten: bei einem minimalen Risiko einen maximalen Gewinn aus der Kriegslage herauszuschlagen. Ob sie diesen Augenblick „richtig“ gewählt haben, kann erst die Zukunft zeigen. Worauf es uns an dieser Stelle ankommt, ist der Hinweis auf die Motive, durch die die rumänische Regierung, nachdem sie den Boden der Eroberungspolitik betreten, schließlich in den Strudel des Krieges hineingezogen worden ist.

Daß die rumänische Regierung aber auch planmäßig auf dieses Ziel hinarbeitete, unterliegt kaum einem Zweifel. Schon nach der Einnahme von Lemberg durch die Russen war die rumänische Regierung, unterstützt von der russophilen Opposition, zum Krieg an der Seite der Entente bereit. Daß Rumänien damals nicht in Aktion trat, hing von zwei Gründen ab: erstens hatte Rumänien nicht genug Munition, zweitens willigte Rußland nicht in die weitgehenden territorialen Forderungen Rumäniens ein. Daß dies nicht geschah, erklärt sich zum Teil aus den übertriebenen Hoffnungen, die die Entente damals an den Beitritt Italiens knüpfte. Man hoffte durch den Beitritt Italiens rein mechanisch auch Rumänien zu gewinnen und maß deshalb dem letzteren eine sekundäre Bedeutung bei. Das verletzete die rumänischen Politiker gewaltig, und die Folge war, daß Rumänien auch nach dem Eintritt Italiens in den Krieg seine Reserve nicht aufgab. Kurz danach trat der militärische Umschwung in Galizien und dann am Balkan ein, der es den rumänischen Politikern leicht machte, allen Verbündeten der Entente Widerstand zu leisten, ohne indessen ihre Intimität mit ihr preiszugeben. Erst nach der letzten russischen Offensive in der Bukowina rückte die Entscheidungsstunde für Rumänien in greifbare Nähe. Welcher Art Verhandlungen nun geführt, welche PreSSIONen angewendet und BERSPFLICHUNGEN übernommen wurden — darüber ist man vorläufig nur auf Vermutungen angewiesen. Daß aber schon vor mehreren Wochen eine Einigung erzielt war, wurde deutlich genug durch die russischen Munitionslieferungen an Rumänien dokumentiert. Dennoch hat es die rumänische Regierung bis zur letzten Stunde verstanden, ihre Absichten zu verschleiern, bis sie jetzt unmittelbar nach der italienischen Kriegserklärung an Deutschland und offenbar im Einvernehmen mit Italien mit ihrer Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn hervortrat.

Rumänien in der europäischen Politik.

Die Rumänen leiten ihren Ursprung, wie der Name verrät, vom alten Rom her. Römische Kolonisten waren den weltbewegenden Legionen gefolgt, liehen sich in der weiten Ebene der Donau als Ackerbauer nieder oder trieben auf der Suche nach Mineralien Stollen in die siebenbürgischen Alpen. Die Stürme der Völkerwanderung drängten über das Land hin, Hunnen, Avarer, Türken folgten sich in der Herrschaft. Aber als merkwürdiges Zeichen bauerlicher Zähigkeit hielt die Bevölkerung an der lateinischen Sprache fest, wenn auch nur am Dialekt des niederen Volkes und der Soldaten. Fremde Elemente wurden zwar aufgenommen, so daß die heutige rumänische Sprache fast so viel der slawischen, griechischen, türkischen und — eigentümlich — der lateinischen, aber das Sprachgefüge trägt doch romanischen Charakter, so daß sich das Volk mit Zug und Recht der großen romanischen Sprachfamilie zurechnet.

Abstammung und Sprache haben auch stets die Sympathien der Rumänen mitbestimmt, die in den Franzosen und ein wenig auch in den Italienern ihre Vorbilder sahen. Der wäre aber auf dem Irrweg, der an eine tiefe allgemeine Wirkung der französischen Kultur auf Rumänien glaubte. Nach Paris gingen die Vojaren (großen Grundbesitzer), um das den gekündigten Bauern abgepreßte Geld in Sous und Brans zu verhehlen. Das Volk selbst ist zu arm, um an die wahren Kultursphären des französischen Geistes zu kommen.

Es ist wahr: Rumänien dankt wie Bulgarien seinen Bestand den Jaren. Aber die russischen Selbstherrscher haben sich nicht aus platonischer Liebe der Freiheit für die Völker bemüht, die unter Waschas und griechischen Statthaltern im Dienste der hohen Hofe feuchten. Sie weckten ihren Freiheitsdrang, um Hilfskräfte im Kampfe um Konstantinopel zu gewinnen. Als die Balkanvölker für sich selbst leben wollten, klagten die Russen über schmählichen Ungehör. Wie wenig sie wahrhaftig freie, national geeinte Balkanvölker wünschten, mußten gerade die Rumänen am bittersten erfahren, als sie zum Lohn für treue Waffenhilfe im Russisch-Türkischen Kriege 1877/78 zwar vollkommene Unabhängigkeit errangen und das Land südlich der Donaumündung, die Dobrudscha, erhielten, aber dafür das zu einem großen Teil von Rumänen bewohnte fruchtbare Bessarabien an Rußland abtreten mußten.

In Erinnerung an diese schmerzliche Enttäuschung lehnte sich Rumänien unter seinem vorletzten König Carol, der übrigens wie sein Nachfolger ein Hohenzoller war, an die Mittelmächte an, mit denen es sich durch eine Konvention verbunden hatte. Im Jahre 1894 teilte der damalige österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Kallotz in den Delegationen mit, daß Rumänien als eines der ersten Länder „die wirklich friedlichen Ziele“ des Dreibundes erkannte und „eine Anlehnung an die europäischen Zentralmächte“ gesucht habe. Noch 1912 konnte der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza in einer Rede vor seinen Wählern in Grad Rumänien politisch zu Mitteleuropa zählen. Im Herbst 1912, nach Ausbruch des ersten Balkankrieges, war der österreichische Generalstabchef Holzendorf noch ein hochwillkommener Gast in Bukarest. Aber mitten in den Wirren der beiden Balkankriege vollzog sich ein Stellenwechsel. Die russische Politik hatte unter Ausschluß Rumäniens einen Bund der Balkanstaaten gegen die Türkei zusammengebracht, wodurch Rumänien von der Mitbestimmung über den Balkan ausgeschlossen war. Rumänien suchte seine Isolierung zu überwinden und fand dazu eine erwünschte Gelegenheit, als Griechenland und Serbien mit Bulgarien im Streite um die Deule lagen. Mit vereinten Kräften wurde Bulgarien zu einem demütigenden Frieden gezwungen. Rumänien, das den Kampf mit leichter Mühe entschieden hatte, ließ sich von Bulgarien ein an die Dobrudscha grenzenden Landstrich abtreten und schloß sich auf dem Bukarester Kongress als Vormacht auf dem Balkan. Da der dort geschlossene Frieden Bulgarien um alle Früchte seines blutigen Krieges gegen die Türkei brachte, so legte sich Oesterreich-Ungarn ins Mittel, dessen Beziehungen zu Bulgarien immer einen besonderen Ton gehabt haben. In Bukarest war man darob so verstimmt, daß sich der Deutsche Kaiser zu einer Vermittlung veranlaßt sah: Der Triumph Rumäniens wurde nicht geschmälert. Aber die doch erfolgte Stärkung der russischen Stellung in diesem Lande wurde bei dem Besuche der Jarenfamilie in Konstantinopel merklich. Bei Ausbruch des Weltkrieges war der alte König Carol für aktive Teilnahme Rumäniens an der Seite der Mittelmächte, befehlte sich aber unter dem Einfluß des Ministerpräsidenten Joan Brătianu und unter dem Eindruck des italienischen Vorbildes mit der Neutralität.

Der Inhalt der rumänischen Verträge mit den Mittelmächten ist so wenig vollständig bekannt, wie es bei diplomatischen Verträgen üblich ist. Immerhin sei eine Pudeposter Information der „Voss. Ztg.“ aus dem Vorjahre erwähnt, wonach seit 1888 ein schriftliches, wiederholt erneuertes Bündnis zwischen Rumänien, Oesterreich-Ungarn und Deutschland bestanden hat. Der Bündnisvertrag laufe bis 1920. Professor Hoeytsch hat in der „Kreuz-Zeitung“ einige Einzelheiten seines Inhaltes mitgeteilt: „Er (der Vertrag) dürfte eine reine Defensivallianz sein, deren Artikel 1 im Kriegsfall zu wohlwollender Neutralität verpflichtet soll. Ob dieser Vertrag, durch den Rumänien im System der europäischen Mächte die vom König Carol für richtig gehaltene und gewünschte Stelle einnahm, darum geht eben der Streit der Parteien. Wie glauben natürlich nicht, daß er übermäßig viel bedeuten wird. Aber immerhin ist es gut, an diese Beziehungen zu erinnern, . . . von denen wir heute nur bedauern können, daß sie im Laufe der letzten sechs Jahre von den Zentralmächten nicht so ausgebaut und befestigt worden sind, daß die Haltung Rumäniens bei Kriegsausbruch gar nicht zweifelhaft sein konnte.“

Noch viel weniger ist über den Vertrag Rumäniens und Italiens bekannt. Die gemeinsame Kriegserklärung beider Mächte scheint kein Zufall zu sein. Gelegentlich wurde als Grund dafür angegeben, daß zwischen Italien und Deutschland kein Krieg erklärt war, daß Italien Deutschland es überlassen wollte, durch eine Kriegserklärung für Rumänien den Bündnisfall zu schaffen, daß aber Deutschland der Versuchung widerstanden habe.

Die Berliner Presse zur rumänischen Kriegserklärung.

Die Berliner politische Presse vom Montagabend nimmt Stellung zu der Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn. „Berliner Tageblatt“ und „Volkswagen“ registrieren die Tatsache und beschränken sich auf etwige Bemerkungen, die das Vorgehen Rumäniens als Neubruch kennzeichnen.

Die „Voss.“, die sich diesem Urteil anschließt, sagt dann: „Die große Masse des niederen rumänischen Volkes steht völlig außerhalb des politischen Urteils wie der politischen Leidenschaft. Die treibenden Kräfte sind ausschließlich in jenen gebildeten Kreisen zu finden, denen Paris der Mittelpunkt menschlicher Kultur bedeutet. Zum Teil in Frankreich erzogen, durchsetzt jedenfalls mit dem Geist der so leicht ins Blut gehenden französischen Delirien, haben diese

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich: Großes Hauptquartier, 28. August 1916. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Somme-Gebiet machten abends und nachts unsere westlichen Gegner unter Einsatz starker Kräfte nach ausgiebiger Feuertorbereitung erneute Anstrengungen, unsere Linien nördlich des Flusses zu durchbrechen.

Gegen die Fronten Thiepval—Monquet H. und Delville-Wald—Ginchy führten mehrmals Engländer, gegen unsere Stellungen zwischen Maurepas und Cléry Franzosen an. Die Angriffe scheiterten, teils nach Nahkampf, teils durch Gegenstoß; südwestlich von Monquet H. und im Delville-Wald wird in keinen Grabenstellen noch weitergekämpft.

Auf der übrigen Westfront abgesehen von lebhafter Feuertätigkeit in den Abendsunden beiderseits des Kanals von La Bassée und auf dem Oiseufer der Maas nichts Wesentliches.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Bei Lennuaden brachte ein Patronenknosch 2 Offiziere, 37 Mann als Gefangene ein.

Nordöstlich von Swinich (im Zuckerbogen) wiesen österreichisch-ungarische Truppen Angriffe russischer Abteilungen ab.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Nördlich des Dnjestr brachen abends starke russische Kräfte zum Angriff vor. Ein Anfangserfolg des Feindes bei Delejow wurde durch nächtlichen Gegenstoß völlig ausgeglichen.

Weiter nördlich kamen zwischen Toustobaby und Jawalno Angriffsgruppen unter der Wirkung des Sperrfeuers nicht zur Entwicklung aus den Stützstellungen.

In den Karpaten wurden russische Vorstöße gegen die Kammbühne nordwestlich des Kanals und auf Stara Wipezhna zurückgeschlagen.

An der Grenze von Siebenbürgen wurden rumänische Gefangene eingebracht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

An der Moglena-Front setzten sich die Bulgaren in Besitz der Höhen südlich Borsko, an der Ceganska Planina sind serbische Gegenstöße gescheitert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. August. (B. Z. V.) Amlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Au den südöstlichen und östlichen Grenzwällen Ungarns hat gestern abend unser neuer Feind Rumänien in menschenlichem Ueberfall mit unseren Grenzposten die ersten Schüsse gewechselt. Am roten Turm-Pass und in den Wäldern südwestlich und südlich von Brassó sind heute früh beiderseits Vortruppen ins Gefecht getreten und die ersten rumänischen Gefangenen eingebracht worden.

In den Karpaten wiesen wir nordwestlich des Ruk-Berges einen starken russischen Angriff unter schweren Feindverlusten ab.

Nach nördlich von Mariampol endete ein gestern abend angelegter Vorstoß für die Russen mit einem vollen Mißerfolg. Sie wurden überall, zum Teil im Gegenangriff, zurückgeschlagen und ließen viel Gefangene in unserer Hand.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Armee des Generalobersten von Terschansky verstellte russische Angriffsversuche. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Caurio wurde wieder heftig gekämpft. Nachdem ein Angriff des Feindes in unserem Geschützfeuer gescheitert war, gelang es abends einer italienischen Abteilung mit starker Artillerienunterstützung, in unsere Gipfelstellung einzudringen. Heute früh warf ein Gegenangriff den Feind wieder hinaus. An der küstländischen Front wurde der Monte San Gabriele und die Gegend von Nova Ras von der italienischen Artillerie lebhaft beschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. und II. Streitkräften nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Oester, Feldmarschalleutnant.

Männer seit Beginn des Krieges ihre Aufgabe darin gesehen, ihr Volk hinweg über den Widerstand der wenigen besonnenen Elemente in den großen Gegenteile hineinzuziehen.“

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Nachdem Rumänien gegen den Willen seines Königs zu Anfang des Krieges die Abmachungen, die es an die Zentralmächte banden, nicht gehalten hatte, richtete sich die mit dem Gold der Entente reichlich gespeiste Agitation der öffentlichen Meinung immer wilder gegen Oesterreich-Ungarn und das mit ihm verbündete Deutsche Reich, von dem Rumänien, wie der Berliner rumänische Gesandte Weidmann gerne zugab, nur Förderung und Freundschaft erfahren hatte. Politik ist in Rumänien ein Geschäft, wie ein anderes auch, das reichen Geldgewinn bringt, wenn man sich auf die richtige Seite legt. Die Entente hatte das rechtzeitig verstanden, mit Geld nicht gespart und sich der Presse versichert; unsere Gegenwirkung kam zu spät. Ob sie in dem uns vertragmäßig verbundenen Staate nicht vor dem Kriege hätte einsetzen müssen, wird später zu betonen sein. . . . Madensen war in den letzten Monaten tätig in der Stille und wird im Verein mit den Bulgaren der etwa 400 000 Mann zählenden rumänischen Armee so zu begegnen wissen, daß die Rumänen es beklagen werden, Kriegsgeldern für lohnende Geschäfte eingetauscht zu haben.“

Der „Deutsche Kurier“ faßt sein Urteil in die Länge zusammen: „Noch ist es zu einer Kriegserklärung zwischen Deutschland und Rumänien nicht gekommen, aber was der Kriegszustand zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn für uns bedeutet, ist ohne weiteres klar und kann für niemanden irgendwelchen Zweifel unterliegen. Der Bundesrat ist bereits zu einer Sitzung zusammen-

berufen worden; er wird über die für Deutschland notwendigen Maßnahmen zu beschließen haben, und diese Beschlüsse müssen in den nächsten Stunden erfolgen. Wie bisher zwischen den Mittelmächten treue Bundesgenossenschaft bestanden hat, wie wir gemeinsam aller Angriffe Herr geworden sind, so werden wir auch jetzt zusammenstehen, und an der unerschütterlichen Stärke unserer vereinigten Heere wird sich auch der Wogenstoß des neuen Feindes brechen.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagen: „Der rumänische Politik inbezug auf den Gang des Weltkrieges hat ein scharfer Kritiker vor langer Zeit als charakteristisch das Wort „Reisenfledder“ angehängt. Was dachte die rumänische Regierung bei ihrem jetzigen Vorgehen, in dem auch eine schwere Untrene steckt, da Rumänien gegenüber Oesterreich-Ungarn zu „wohlwollender Neutralität“ verpflichtet war? Glaubt man in Rumäniens Hauptstadt etwa, es könne eine „Reise“ gefleddert werden? Oder hatte man trotz aller Vorsicht des Balonierleiters Brătianu sich doch verträglich so sehr festgelegt, daß man jetzt loschlagen müßte?“

Die „Kreuz-Zeitung“ macht der deutschen und österreichischen Diplomatie den Vorwurf, daß sie verkannt hat, Rumänien im Hochsommer vorigen Jahres zur Entscheidung zu zwingen. Daß der Vierbund mit einheitlicher Kraft vorgehen müsse, sei selbstverständlich. Jede neue Gefahr kann seine Geschlossenheit nur stärken, seine Geschlossenheit und seine Entschlossenheit. Je höher die Hoffnungen unserer Feinde steigen, um so zwingender für uns die Notwendigkeit uns durchzusetzen. Von Frieden und Verständigung ist ja nun noch weniger die Rede als vorher.“

Die „Germania“ bemerkt: „Die neue Verschärfung der Weltlage, die damit unlesbar eingetreten ist, übertrifft bei uns niemand, da sie wohl jeder mit unabweislicher Sicherheit kommen sah. Niemand wird sie bei uns so leicht unterschätzen, aber noch weniger wird man sie zu überschätzen geneigt sein wollen. Es handelt sich nur um Komplikationen, die längst in unserer Rechnung als Faktor ihren Platz hatten. Darum wird der moralische Eindruck, den der Vierbund mit seinen diplomatischen „Stegen“ bei uns zu machen gedenkt, sicherlich ganz ausbleiben, und den militärischen Folgen werden wir mit unbedenkter ruhiger Entschlossenheit entgegen im Vertrauen auf unsere und unserer Verbündeten Heeresleitung, die in dem zweijährigen Vorkriege durch keine noch so schwere Aufgabe aus ihrer Sicherheit und Heberlegenheit gebracht werden konnte. Sie wird sich auch weiterhin bewähren.“

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 27. August nachmittags. (B. Z. V.) An der Somme-Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Schlechtes Wetter hindert weiter die Operationen. Auf dem rechten Ufer der Maas richteten die Deutschen im Laufe der Nacht nacheinander drei Angriffe gegen die Wäldchen von Gang und Chapire. Durch Feuer angehalten, mußten sie nach empfindlichen Verlusten sich wieder nach ihren Ausgangspunkten zurückziehen. In Vothringen wurden mehrere deutsche Handgranaten gegen keine Posten zwischen Arcocourt und Embremont müßlos abgeschlagen. Im Walde von Apremont war die Nacht unruhig. Französische Handgranatenwerfer lieferten deutschen Patrouillen Gefechte und zerprengten sie. Die Deutschen griffen um 10 Uhr abends in der Richtung auf Croix St. Jean in einer Front von 500 Metern an; unter Sperrfeuer genommen, erlitten sie einen völligen Mißerfolg. An der übrigen Front kein Ereignis von Bedeutung.

Saloniki-Bericht. An der Struma-Front beschloß unsere Artillerie weitere Einrichtungen des Feindes. Ein bulgarisches Bataillon wurde unter dem Feuer unserer Batterien zerprengt. Zeitweilige Kanonade am Doiran-See bei Mojagad. Westlich des Bardar erneuerten die Bulgaren ihre Angriffsversuche gegen Brezil. Nordwestlich von Kukuruz wurden fünf nacheinander geführte äußerst heftige Angriffe durch das Feuer der serbischen Artillerie gebrochen. In der Gegend des Ostrovores dauern die Kämpfe mit Erbitterung fort, besonders westlich und nordwestlich des Sees, wo mehrere bulgarische Angriffe durch Gegenangriffe der serbischen Infanterie zurückgewiesen wurden. Im Laufe des 25. August beschossen zwei englische Monitore und ein englischer Kreuzer die Fjords von Kavala, die mit Ausnahme eines von den Bulgaren besetzt worden waren.

Vom 27. August abends. (B. Z. V.) Kein wichtiges Ereignis an der ganzen Front, wo andauernd schlechtes Wetter herrscht.

Belgischer Heeresbericht. An der belgischen Front verlief der Tag ruhig.

Die englische Meldung.

Vom 27. August. (B. Z. V.) Bei den im Bericht vom 25. August erwähnten erfolgreichen Angriffen wurden 7 Maschinengewehre mehr erbeutet, als gemeldet. Weitere 200 Fjords Graben wurden in der Nähe von Bagatin-le-Petit genommen.

Zweiter englischer Heeresbericht vom 27. August. (B. Z. V.) Wir gewonnen nordwestlich von Ginchy Boden. Das Wetter hindert unsere Operationen.

Der russische Kriegsschauplatz.

Vom 27. August nachmittags. (B. Z. V.) Westfront. In der Gegend des Schösis Samarden durchschritten tapfere Teile lettischer Bataillone an zwei Stellen die erste Linie der feindlichen Drahtverhänge, lezten Haken in die Eingangsstellen und rissen mit Hilfe eines Hebels die Drahtverhänge mit den Pfählen auf eine Strecke von dreißig Schritt auf. Der Gegner eröffnete auf die Letzten ein erfolgloses Feuer. In der Gegend des Drzewjats-See überflogen feindliche Flugzeuge unser Lager und warfen Bomben ab, wodurch der Feldgeistliche Joachim Sedlitz bei Ausübung seiner priesterlichen Pflichten getötet wurde. Am Stochob beschloß der Gegner in der Gegend des Dorfes Toboly heftig unsere Hebergangsstellen und tötete den tapferen Regimentskommandeur Oberst Juloß.

In den Karpaten vertrieben unsere Truppen in der Gegend des Berges Koberla den Feind aus seiner Stellung auf der Höhe 1129 fünf Werst nordöstlich der Stadt Koberla und demütigten sich dieser Höhe. Sie machten hier drei Offiziere und 148 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten vier Maschinengewehre. Unser Vordringen dauert an.

Kaukasusfront. In der Richtung auf Diarbekir dauern die heftigen Kämpfe an. Unsere Kolonnen errichteten den Fjuz Madiabarak, der in den Euphrat fließt, östlich des Flusses Kuril. Vom 27. August abends. (B. Z. V.)

An der Westfront und im Kaukasus ist die Lage unverändert.

Schwarzes Meer: Bei Tagesanbruch am 25. August haben unsere Wasserflugzeuge Warna überflogen und Bomben auf Gebäude, Hafen, Seebe und eine Abwehrbatterie geworfen. Man sah, daß Bomben ein Schiff auf der See trafen und in Brand setzten und daß andere in Werkhäfen fielen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 27. August. (B. Z. V.) Auf der Trentino-Front führte der Feind an mehreren Stellen ein heftiges Feuer mit Geschützen, Gewehren und Schützengrabensampferzeugen aus, ohne zu Infanterieangriffen überzugehen. Unsere Artillerie antwortete wirksam und zerstörte Vorkampfbatterien des Gegners auf den Hängen des Cimone (Astaatal). An der Lucele des Digo (Hochplateau) erweiterten wir unsere Stellung von Ciama Ballone nach Norden. Im Gebiete von Görz und auf dem Karst stärkere Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Fjonzobräden und die Balonellinie. Einige Geschosse fielen auf Görz und auf Romano. Cadorna.

Vom mazedonischen Kriegsschauplatz.

Saloniki, 28. August. (B. Z. V.) Meldung des Neutischen Bureau, Amlich. An der Doiran-Front brachte die britische Artillerie die feindlichen Kanonen, welche unsere Stellungen beschossen, zum Schweigen. Die Bulgaren beschossen Wehes (?) an der Struma-Front.

Holländisch-englisches Abkommen über die holländischen Fischereiverträge.

London, 27. August. (B. L. A.) „Daily Mail“ berichtet: Am Sonnabend wurde von den Vertretern der holländischen Fischereivereinigung und der britischen Regierung ein Abkommen über die zukünftige Verteilung der von holländischen Fischern gefangenen Heringe unterzeichnet. Die in Schottland zurückgehaltenen Fischfahrzeuge werden unter der Bedingung freigelassen, daß Deutschland nur 20 Prozent des ganzen Fanges der Solfon erhält. Holland behält weitere 20 Proz. und die restlichen 60 Proz. gehen an die Neutralen.

London, 28. August. (B. L. A.) Dem Reuterschen Bureau zufolge berichtet die „Daily Mail“ noch folgende Einzelheiten über das Abkommen zwischen der britischen Regierung und den holländischen Fischern. Die britische Regierung wird für jede Tonne holländischer Heringe, die nach neutralen Ländern verkauft wird, den niederländischen Fischern eine Prämie von 30 Schilling bezahlen. Die Heringe werden, wie früher, auf offenem Markt verkauft werden. Wenn dann Deutschland 3. B. 20 Schilling pro Tonne und Amerika 40 Schilling pro Tonne bietet, so wird Amerika die Fische bekommen, da durch die Prämie von 30 Schilling der Preis für Heringe für Amerika auf 70 Schilling steigen wird. Wenn aber Deutschland 75 Schilling bietet und Amerika nur 40, so wird Deutschland die Fische bekommen, vorausgesetzt, daß es nicht schon 20 Prozent des ganzen Fanges hat. Es ist auch möglich, daß infolge der Prämie von 30 Schilling Deutschland nicht einmal die für ihn reservierten 20 Prozent des Fanges erhält. Amerika wird wahrscheinlich den größten Teil der für neutrale Länder bestimmten 60 Prozent bekommen. Die Eigentümer der festgehaltenen holländischen Fischfahrzeuge werden für den aus dem Stilllegen der Fische erwachsenen Verlust entschädigt werden, wobei als Grundlage die Einnahme einer mittelmäßigen Saison errechnet werden soll. Ferner wird die britische Regierung die Schäden, welche die internierten Schiffe erlitten haben, bezahlen. Nach den Bestimmungen des Abkommens wird die 30-Schilling-Prämie in Form von Kriegsanleihe den Besitzern gutgeschrieben werden.

Ein amerikanisches Weißbuch.

Washington, 28. August. (Hauptstadt des Vertreters von B. L. A.) Die Regierung hat ein Weißbuch veröffentlicht, das die Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und England während des Krieges enthält und verschiedene Fälle aufweist, in denen Amerika eine energische Sprache gegen England anwandte, zum Beispiel im Falle des amerikanischen Protestes gegen die Anwesenheit britischer Kreuzer auf der Höhe der amerikanischen Küsten. Am 20. März übersandte England in Erwiderung auf den amerikanischen Protest vom 16. Dezember gegen das allgemeine Verfahren der Einmischung in den von amerikanischen Häfen ausgehenden, nach dem Ausland bestimmten Handel, ein Staatssekretär Anfang eine Note, in der es offen es als das Recht britischer Schiffe erklärt, längs der Küste zu operieren, solange sie es vermeiden, in die amerikanischen Hoheitsgewässer einzudringen, und in der es sein Verlangen darüber ausdrückt, daß Amerika beansprucht, zwischen verschiedenen Teilen der hohen See einen Unterschied zu machen. Die von der britischen Regierung vorgelegten Argumente werden ausführlich in einer amerikanischen Note vom 26. April widerlegt, in der Lanfing sagt, die Gründe für den Widerspruch gegen die fortgesetzte Anwesenheit von Kriegsschiffen der Kreuzer, die in nächster Nähe der amerikanischen Küsten kreuzten, lägen nicht in der Ungefährlichkeit einer solchen Handlungsweise, sondern in der Erregung, die sie natürlich in einem neutralen Lande hervorrufen. Die Note sagt: Die beständige Anwesenheit britischer Schiffe auf hoher See vor großen amerikanischen Handelsmittelpunkten ist eine unannehmliche Quelle des Anstoßes. Die Fälle der „Vinland“ und der „Zalanda“ zeigen, wie kriegsführende Schiffe die Ursache eines Anstoßes werden können und sind bezeichnend dafür, wie die Anwesenheit von Schiffen in solcher Nähe der Küste eines neutralen Landes leicht zur Ursache eines Streites werden kann.

Die Note bespricht darauf das britische Argument, daß die Tatsache, daß deutsche Handelschiffe in amerikanischen Häfen vor Anker liegen, eine strenge Überwachung notwendig mache, und fährt fort: „Eine Exzellenz haben seit März 1915 meine Aufmerksamkeit nicht auf die Möglichkeit des Entschlupfens von Proviantschiffen gelenkt. Unterdessen jedoch fand ich es für notwendig, Ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Fälle zu lenken, in denen Seiner Majestät Schiffe auf der Höhe amerikanischer Häfen umherkreuzten, mit Booten, die von der Küste herliefen, in Verbindung traten und sogar in amerikanischen Gewässern Kohlen einnahmen. Weitere Gründe können, falls notwendig, angeführt werden, um dem britischen Verfahren entgegenzutreten. In Friedenszeiten ist die Mobilmachung einer Armee, besonders wenn sie nahe der Grenze erfolge, oft als Grund für einen ersten Anstoß angesehen und von einem Lande zum Gegenstand eines Protestes gemacht worden.“

Eine Washingtoner Depesche an den internationalen Nachrichtendienst sagt: Auf diese in energischsten Töne abgesetzte Forderung, die zugleich auf die ersten Folgen hinweist, ist keine Antwort eingetroffen. Gelegentlich dieses Ausschließens einer Antwort ist gesagt worden, daß die Gelegenheit, England zu zwingen, von der amerikanischen Forderung Kenntnis zu nehmen, jetzt besser ist, als sie war.

Neue Steuern in Oesterreich.

Wien, 27. August. (B. L. A.) In den von den Vätern angelegten Maßnahmen zur Erleichterung neuer Staats-einnahmen führt das „Freundenblatt“ aus, es sei einleuchtend, daß eine so gewaltige Zinslast, wie sie dem Staate aus den Kriegsanleihen erwachse, nur durch Erschließung neuer, reichlich fließender Einnahmequellen Deckung finden könne. Daß die Finanzverwaltung unter den heutigen außerordentlichen Verhältnissen eine Veränderung der Grundlagen des bestehenden Steuersystems vermeiden wolle, sei begreiflich. Die Form eines organischen Aufbaues zu bereits bestehenden Steuern gestatte, die Steuerbelastung dem einzelnen besser anzupassen, die durch den Krieg begünstigten Einkommen zu treffen und gleichzeitig den wirtschaftlich Schwächeren Erleichterung zu verschaffen. Die Bevölkerung, die von der Notwendigkeit der Sicherung des Zinsendienstes für die Kriegsanleihen durchdrungen sei, werde schließlich in Rücksicht genommenen Steuern mit dem patriotischen Pflichtgefühl tragen, das sie schon während des ganzen Weltkrieges bezeugt und das erst kürzlich aus dem Munde des Monarchen eine so herzergebende Anerkennung gefunden habe; so werde dem gegenwärtigen Finanzminister Dank wissen, daß er mit den bereits durchgeführten und nunmehr beabsichtigten Steuererhöhungen zur Deckung des Zinsendienstes für die Kriegsanleihe alle Veranlassungen für die Konsolidierung der Staatsfinanzen zerkreuzt; er habe den Grundgedanken der Staatserleichterung zum Leitstern seiner Finanzpolitik gemacht und halte sich sicherlich den wichtigen Gesichtspunkt vor Augen, daß, soweit menschliche Voraussetzungen, eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse der Steuerzahler notwendig sei, sodas, von unvorhergesehenen Ereignissen abgesehen, die Leistungsfähigkeit der Rentisten auf lange hinaus keiner weiteren Belastung auszuweichen sein werde. Sollte sich die Emission einer fünften Kriegsanleihe als notwendig erweisen, werde es für ihren Erfolg von größtem Werte sein, daß die Fundierung des Zinsendienstes der früheren Kriegsanleihen die Sicherung des Dienstes der fünften Kriegsanleihe als etwas Selbstverständliches erscheinen lasse.

Die „Neue Freie Presse“ fährt aus: Die Deckung des Zinsendienstes für die Kriegsanleihen aus dem regelmäßigen Budget ist nur möglich, weil die Steuereingänge im Weltkriege besser sind, als sich jemals hat vermuten lassen.

Im Kriege sind Schulden nicht zu umgehen, aber die Zinsen müssen gesichert sein. Die Tatsache, daß der Zinsendienst für 13 1/2 Milliarden Kriegsanleihen aus dem regelmäßigen Staatseinkommen gedeckt wird, wird bei den Feinden eine neue gewaltige Ueberzeugung bezüglich der Leistungsfähigkeit der Monarchie hervorrufen und die Freunde der Monarchie in ihrem Glauben an sie bestärken.

Erörterung der Friedensziele in Frankreich.

Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird u. a. aus Paris geschrieben:

Die französische Presse erlaubt dem „Progrès de Lyon“ die Veröffentlichung eines Artikels, in dem die französische Regierung die Bekanntheit ihrer genauen Friedensziele und um die Freigabe der Erörterung dieser Friedensbedingungen durch die Presse ersucht wird. Eine wachsende Zahl französischer Bürger sei der Meinung, es wäre am Platze gewesen, am letzten Jahresstag des Kriegsausbruches außer der Proclamation Poincarés und dem Tagesbefehl Joffre eine Rundgebung zu veranstalten, in der das Haupt der Regierung vor der ganzen Welt bekanntgegeben hätte, unter welchen Bedingungen Frankreich Frieden schließen wolle. Der Artikel geht dann ausführlich das Für und Wider in der Frage der Bekanntheit und Erörterung der französischen Friedensziele auseinander. Die Bedenken seien folgende: Laufe die Regierung, wenn sie das Wort Frieden ausspreche, nicht Gefahr, die Widerstandskraft der Nation zu schwächen? Trotz allen Siegesausblicken, trotz der Gewißheit des endgültigen Sieges halte Deutschland nichtbeständiger ganz oder teilweise sieben französische Departements, Belgien, Rußisch-Polen und Serbien in den Händen. Es behörfe somit noch einer großen Anstrengung, um diese Pfänder dem Feinde zu entreißen. Daher könne es gefährlich scheinen, das schöne Bild des Friedens vorzuschaubern, der vielleicht noch sehr entfernt sei. Ferner sei zu bedenken, daß man vielleicht durch eine Friedensdiskussion die Hoffnungen Deutschlands auf eine Kriegsmüdigkeit Frankreichs nähre. Ueberdies könne man annehmen, daß über diese grundlegende Frage der Friedensbedingungen unter den Ententemächten noch keine endgültige Einigung bestehe, so daß die Einigkeit der Alliierten durch eine frühzeitige Bekanntheit der Friedensbedingungen eines Teils der Koalition beeinträchtigt werden könne.

Dieser Argumentation hielten die Befürworter einer Regierungserklärung über die französischen Friedensbedingungen entgegen, sie verlangten nicht, Briand solle den ganzen Entwurf des künftigen Friedensvertrages vorlegen. Sie verlangten etwas ganz anderes: Seit Beginn des Krieges erklärten die Alliierten, daß sie im Gegensatz zu ihren Gegnern einen Verteidigungskrieg führten, daß sie, während Deutschland und Oesterreich nur auf die Macht pochten, ihrerseits in Europa die Gerechtigkeit zur Herrschaft bringen wollten. Der Moment sei gekommen, nicht immer diese ein wenig unbestimmten Formeln zu wiederholen, sondern ihren Inhalt zu präzisieren und bekanntzugeben, was Frankreich unter einem Verteidigungskrieg, unter Recht und Gerechtigkeit verstehe. Die Erklärung, die sie von Briand verlangten, hätten Grey und Aquith ihren Ländern bereits gegeben, eine prinzipielle Erklärung, unter deren Gesichtspunkt auch die Einzelfragen des Friedenskongresses gelöst werden könnten. Der Augenblick für eine solche Erklärung sei niemals günstiger gewesen als jetzt.

Ehe die Friedenskonferenz beginne, müsse die Nation alle die verwideltsten Probleme kennen lernen. Das Volk wolle sicher nicht an die Stelle der Diplomaten treten, aber nach einem Krieg, in dem sich diese Völker alle die bewaffneten Völker gegenüberstanden, müßten diese Völker auch in der Lage sein, die Arbeit der Diplomaten zu beaufsichtigen und durch ihre Vertreter im Parlament ihre Wünsche und ihren Willen geltend zu machen. (2)

Briand über den deutschen und französischen Imperialismus.

Ein holländisches Blatt hatte jüngst in einem Aufsatz über den deutschen und französischen Imperialismus die Anschauung vertreten, der französische Imperialismus sei noch gefährlicher als der deutsche, daher könnten die neutralen Staaten nicht wünschen, daß der Weltkrieg mit einem Sieg der Entente endige. Diese Ausführungen haben dem Korrespondenten des holländischen „Telegraf“ Veranlassung gegeben, den französischen Ministerpräsidenten Briand aufzusuchen, ihm den Inhalt des Artikels darzulegen und ihn um seine Meinung über den vom holländischen Blatt vertretenen Standpunkt zu befragen. Wie der „Corriere de la Sera“ vom 21. August berichtet, hat sich Briand zur Beantwortung der Frage des Korrespondenten bereit erklärt und etwa folgendes ausgeführt:

Es sei immer dieselbe Sache. Alle Nationen hätten imperialistische Neigungen, mit der einzigen Ausnahme Deutschlands. Der Krieg sei die Probe auf Exempel. Seltsam sei nur, daß es außerhalb Deutschlands noch Leute gibt, die das Märchen vom französischen Imperialismus glauben. Man traut seinen Ohren nicht, wenn man höre, dieser Imperialismus sei eine Drohung für die Neutralen, denn Imperialismus bedeute doch eine Politik der Herausforderung, eine Eroberungspolitik. Die Neutralen, die solche Ansichten vertreten, hätten nichts aus der Geschichte der letzten 50 Jahre gelernt. Jede Seite der französischen Geschichte sei eine Widerlegung solcher Phantasien. Wie hätte man ein friedliches Land gesehen als Frankreich. Wieviel habe es nicht zu ertragen gehabt, um das hohe Gut des Friedens zu erhalten. Es sei aber fraglich, ob diese Geduld nicht beigetragen habe, den Krieg zu entfesseln, indem sie den Feind verleitet, sich eine falsche Ansicht von der Stärke und Empfindlichkeit des nationalen Selbstbewußtseins der Franzosen zu machen. Frankreich sei dauernd provoziert worden, so bei der Affäre Schnaebele 1887, bei der Lanbung des Jappon im April 1913, durch die Vorfälle von Casablanca, Agadir usw. Trotzdem die böse Absicht der Gegner feststand, habe sich Frankreich einem Schiedsgericht unterworfen, aus dem es gerechtfertigt hervorgegangen sei und zu dezenten Verhandlungen herbeigeführt, in wie gutem Glauben Frankreich gehandelt habe; und habe sich sicherlich über dessen Geduld und Rührung gewundert. Und doch hätten weder Geduld noch Rührung die Katastrophe beschwören können, die Deutschlands Eroberungslust herbeigeführt hatte. Es wolle, wie einst Bismarck, Frankreich zwingen, ihm den Krieg zu erklären. Aber da Frankreich die Herausforderung nicht annahm und Deutschland die ganze Verantwortung überlassen wolle, habe sich Deutschland genötigt gesehen, mit der Kriegserklärung voranzugehen unter dem Vorwand, französische Blüher hätten Bomben auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und auf Nürnberg abgeworfen, was jetzt sogar von offiziellen deutschen Persönlichkeiten nicht mehr aufrichterhalten werde. Briand erklärte dann weiter, er könne nicht glauben, daß die Neutralen allen Ernstes, den Sieg der Entente voraussehend, den französischen Imperialismus mehr fürchteten als den deutschen, dessen erste Tat in diesem Kriege die Wiedererwerb Belgiens gewesen sei. Mit Neutralen, die solche Meinung äußerten, könne man nicht rechnen und solche Ansichten verdienen keine Beachtung.

Einen friedlichen Imperialismus gibt es nicht. Es ist daher nur folgerichtig, wenn Briand alle imperialistischen Tendenzen in der französischen Politik abzuleugnen versucht. Trotzdem ist der Imperialismus eine allgemeine Erscheinung, die nicht allein in der geistigen Verfassung einer Nation wurzelt, sondern in erster Linie mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem

sozialen Zustand der europäischen Völker in Zusammenhang steht. Es ist daher ganz möglich, sich den Kopf über die Schönheit einer besonderen nationalen Form des Imperialismus zu zerbrechen. (2)

Romain Rolland über Frankreichs Zukunft.

Vor einiger Zeit hatte die Pariser Tageszeitung „La France“ eine Rundfrage für die beste Methode der Propaganda und der Expansion des Französischens veranlaßt. Nach dem „Domain“ vom 15. Juli hat jetzt Romain Rolland die auch an ihn gerichtete Anfrage mit einer Erklärung beantwortet, der wir folgende Stellen entnehmen. Der letzte Absatz ist von der französischen Zensur unterdrückt worden.

Die beste Art der Propaganda ist die der Welt, in jeder Situation das Beste von dem zu bringen, das wir besitzen. Suchen wir nicht zu überreden, so werden wir um so überzeugender wirken, wenn unsere Werke gut und wohlthuend und ohne Hintergedanken sind, wohlthuend für alle und nicht nur für uns allein. Gätten wir uns vor aller Euphorie, vor dem kleinlichen Geist der Herrschsucht. Ueberlassen wir jenen deutschen Denfern ihren Traum von einem geistigen Imperialismus, der soviel dazu beigetragen hat, sie in Mißkredit zu bringen. Suchen wir uns vor, unsere Idee der Welt aufzwingen zu wollen, erweitern wir sie vielmehr so, daß die Welt in ihr ihre Nahrung finde. Daß sie die Kornkammer Europas werde, wie einst Gallien mit seinem schönen Getreide die Roms wurde. Licht und denken und schaffen für alle.

Indem ich schreibe, sei es mir gestattet, einen Wunsch auszusprechen: Man vergesse nicht: die erste Bedingung, daß Frankreich Licht über die Welt strahle, ist diese, daß es überhaupt noch Menschheit übrig behalte. Dieser Wunsch ist nicht einmal so unangebracht, wenn der Krieg noch einige Jahre dauern sollte. Das Weltkapital des Westens ist nicht unerschöpflich: man wird bald die Läden bemerken, die man in es gerissen hat. (2)

Unschuldige Märtyrer.

Der Genosse Assantiany — ein Georgischer Sozialdemokrat — entwirft nach dem „Avanti“ in der welschschweizerischen Zeitschrift „La Sentinelle“ folgende Schilderung von der Lage in der Provinz Adjara (dem westlichen Teil Georgiens im Kaukasus): „Wird sich jemand darüber aufregen, wenn ich sage, daß dreihundertzig Häupter russischer Untertanen dem Schwerte des Henkers zum Opfer fallen sollen? Diese 43 Köpfe bedeuten 43 Leben, 43 Familien, die auf dem Altar der Gerechtigkeit geopfert werden sollen, ohne jeden Grund und jede Veranlassung. Der bloße Verdacht der Beteiligung an revolutionären Bestrebungen genügt, um Adjara in einen rauhenden Trümmerhaufen zu verwandeln und die Häupter dieser Unglücklichen dem Henker zu überantworten. Wie russische Zeitungen anfündigen, sind 43 Angeklagte verurteilt worden — 43 zum Tode und 5 zu Zuchthausstrafen — und das alles zur Rettung des Rechts und der Gerechtigkeit!“ (2)

Amerikas Munitionslieferung an die Entente

Wie dem „Avanti“ aus London geschrieben wird, haben nach Schätzungen eingeweihter Finanzkreise die Bestellungen auf Kriegsmaterialien seitens der Ententemächte bei den großen Firmen der Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits einen Wert von 600 Millionen Pfund Sterling oder 15 Milliarden Mark (12 Milliarden Morf) erreicht. Eine einzige Fabrik, die Bethlehem Steel Corporation, hat Aufträge in der Höhe von 60 Millionen Pfund erhalten; diese Firma nimmt unter den Kriegslieferanten die erste Stelle ein; gleich auf sie folgt die „Dupont Company“ mit Lieferungen bis zu 40 Millionen Pfund; an dritter Stelle kommt die Baldwin Locomotive Works, die bisher für 30 Millionen Pfund Gewehre und Munition geliefert hat. Diese ungeheuren Aufträge haben während des Krieges einen belebenden Einfluß auf die amerikanische Industrie ausgeübt und viel dazu beigetragen, die ökonomische Krise zu verhüten, die aus anderen Gründen auszubrechen drohte. Man muß jedoch nicht glauben, daß damit bereits die Munitionslieferungen ihren Höhepunkt erreicht oder gar überschritten haben; in Wirklichkeit ist bisher kaum mehr als die Hälfte der Bestellungen zur Ausführung gelangt. (2)

Friedensgerüchte drücken auf die New Yorker Börse.

„Financial News“ vom 17. August berichtet aus New York unter dem 5. August: Trotz steigender Dividenden der in Kriegsmaterial arbeitenden Werke machte sich in der leztvergangenen Woche in Wallstreet steigende Verkaufslust geltend. Man spricht viel von neuen Aufträgen seitens der Verbändmächte, ohne daß man mit Sicherheit größere Aufträge feststellen könnte. Wie die „National City-Bank“ sagt, sind die Friedensgerüchte die Ursache der Depression, doch geben die leztempfangenen Nachrichten dazu keine Veranlassung. Wahrscheinlich ist die Furcht vor dem, was nach dem Friedensschluß folgen mag, die Ursache der flauen Stimmung an der Börse, diese Ansicht ist in interessierten Finanzkreisen weit verbreitet. Die Börse wartet nicht auf die Ergebnisse, sondern diskontiert sie.

Die Gefahr besteht darin, daß das Kriegsende Amerika zwingen würde, sich auf den eigenen Markt zu beschränken; allerdings durch starke Hilfe geschützt, doch infolge der über alle Maßen geringeren Arbeitslöhne vor die fast unmögliche Aufgabe gestellt, den in den Kriegsjahren gewonnenen Ausfuhrhandel aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslöhne wieder auf die richtige Basis (1) zu stellen, dürfte das wichtigste Problem, aber auch das schwerste sein, da sich die Arbeiter mit Händen und Füßen gegen jegliche Herabsetzung der Löhne sträuben werden. Die Gefahr besteht, daß die im Kriege gewonnene Finanz- und Handelsmacht Amerikas im Kampf gegen die Weltkonkurrenz unterliegt.

Allgemeine Wehrepflicht in Australien.

Der Korrespondent der Londoner „Daily Mail“ in Sidney laßt seinem Blatt, daß nach dem Minister der Wehrepflicht in Neu-Seeland laut einer Rede des Ministerpräsidenten Hughes die Einführung des zwangswelken Wehredienstes auch in Australien sicher sei. Die Arbeiterpartei Broken Hills, die sich hauptsächlich aus Minenarbeitern zusammensetzt, hat dagegen ein Manifest herausgegeben, worin sie erklärt, daß sie lieber Gefängnisstrafen oder gar den Tod erliden, als sich einem Zwangsdienstgesetz fügen wolle. Der Verband der entlassenen Soldaten dagegen hat sich zugunsten der allgemeinen Wehrepflicht ausgesprochen und eine entsprechende Gegenresolution gefaßt.

Lezte Nachrichten.

Kriegszustand in Rumänien.

Budapest, den 20. August. (Z. U.) Nach Meldungen aus Bukarest wurde in ganz Rumänien der Kriegszustand erklärt. Mit der Leitung der Zensur wurde der Unterrichtsminister Duca betraut. Das rumänische Parlament wird für Donnerstag oder Freitag einberufen und, wie verlautet, wird demnächst eine nationale Regierung gebildet werden. Im russischen Hauptquartier wird General Coanda den rumänischen Generalstab vertreten. Bereits am Sonntag standen russische Truppen in der rumänischen Dobuschja.

Gewerkschaftliches.

Ueberleitung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

Einige Wochen nach dem Ausbruch des Krieges wurde zwischen den Verbänden der Unternehmer und der Arbeiter die Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe errichtet. Ihr Zweck war neben der Hochhaltung der Tarifverträge hauptsächlich die Linderung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Der von den Zentralvorständen gegebenen Anregung folgend, wurden auch in vielen Orten berartige Arbeitsgemeinschaften gegründet. Wenn auch in nicht wenigen Fällen die Unternehmer ein Bedürfnis für das Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen nicht anzuerkennen vermochten, so kann doch gesagt werden, daß die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften im allgemeinen von Erfolg gekrönt war.

Durch Eingaben und persönliche Vorstellungen bei den Behörden wurde in vielen Fällen erreicht, daß Aufträge herausgegeben wurden, deren Ausführung sonst hinausgeschoben worden wäre. Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft war unter anderem auch die vielgenannte „Münchener Ostpreußenhilfe“. Der Plan hierfür ist von dem inzwischen verstorbenen Genossen Anton Raith angeregt worden, der als Gauvorsitzer des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine sehr fruchtbringende Tätigkeit für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Südbayern entfaltet hat.

Mit den fortgeschrittenen Einberufungen zum Heeresdienst verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen in der Holzindustrie. Es ist auch eine Belebung des Geschäftsganges eingetreten, so daß sich verschiedentlich sogar Arbeitermangel bemerklich machte. Dadurch erübrigte sich die auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gerichtete Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, die sich in höherem Maße anderen Aufgaben zuwandte, wie der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und im Zusammenhang damit dem Ausbau der Arbeitsvermittlung. Andere Aufgaben, denen die Arbeitsgemeinschaft größeres Interesse entgegenbrachte, waren die Bekämpfung der bei der Vergabe von Arbeitsaufträgen durch die Behörden herrschenden Mißstände, besonders der Auswüchse des Submissionswesens. Auch das Lehrlingswesen wurde in den Kreis der gemeinsamen Erörterungen gezogen.

Auf einer im April d. J. abgehaltenen Konferenz verständigten sich die Organisationen u. a. über eine erneut in Angriff zu nehmende Aktion für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Es handelte sich nicht sowohl um die sofortige Herausgabe von Aufträgen, als vielmehr darum, die Behörden zu veranlassen, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um gleich nach Beendigung des Krieges das Gewerbe mit Aufträgen zu versehen. Eine solche Anregung ist notwendig, denn es ist sonst üblich, daß bei umfangreichen Bauten die Pläne und Zeichnungen für die Tischlerarbeiten erst in Angriff genommen werden, wenn die eigentlichen Bauarbeiten ziemlich weit gediehen sind. Bei Beendigung des Krieges ist aber mit einem sehr starken Andrang von Holzarbeitern auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, denen möglichst sofort Arbeitsgelegenheit gegeben werden muß.

Die Verbände des Holzgewerbes verständigten sich über gemeinsame Petitionen, die an die Reichszentralbehörden, an die Regierungen der Bundesstaaten, die Provinzial- und Gemeindebehörden sowie überhaupt an alle Amtsstellen zu richten sind, die für die Vergabe von Aufträgen für das Holzgewerbe in erheblichem Maße in Betracht kommen. Zu diesen Petitionen wird gebeten, die Vorarbeiten für die Bauten, für welche die Mittel bereits bewilligt sind, so zu fördern, daß die Aufträge beim Eintritt größerer Arbeitslosigkeit oder nach Beendigung des Krieges unverzüglich vergeben werden können. Für sonst erforderliche Arbeiten sind die Mittel rechtzeitig nachzusuchen und für alle Arbeiten die Anfertigung der Kostenvoranschläge und Zeichnungen zu beschleunigen. Weiter werden die Behörden um ihre Mithilfe bei der Bekämpfung der unlauteren Konkurrenz gebeten. Den Arbeitsgemeinschaften möge das Recht zuerkannt werden, die Behörden vor ungeeigneten Werbern zu warnen und geeignete vorzuschlagen. Die Anerkennung der Tarifverträge und der im Gewerbe üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sollte Voraussetzung für die Uebertragung öffentlicher Arbeiten sein. Eine weitere Voraussetzung sollte die Anerkennung der von den Verbänden getroffenen Vereinbarungen über die Wiederbeschäftigung und Entlohnung kriegsbeschädigter Holzarbeiter durch die sich bewerbende Firma sein. Schließlich wird eine Bevorzugung solcher Firmen verlangt, die aus Anlaß der großen Feuerung während des Krieges ihren Arbeitern Lohnzulagen gewährt haben.

Zur mündlichen Begründung dieser Eingabe wurden, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft am 29. Juli im Ministerium der öffentlichen Arbeiten empfangen. Auf ergangene Einladung waren der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes Nhardi und für den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes Neumann erschienen. Die Minister der öffentlichen Arbeiten, des Innern, der Justizminister und das Reichsamt des Innern waren durch Oberregierungsrat Weller und Geheimrat Hüttenheim vertreten. Aus den gepflogenen Verhandlungen ist die Mitteilung der Regierungsbereiter bemerkenswert, daß zurzeit noch über 1 1/2 Milliarden bewilligter Mittel zur Verfügung ständen. Bestimmte Anweisungen für die Ueber-

leitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft hätten die Zentralbehörden noch nicht herausgegeben, doch seien bei mündlichen Besprechungen den nachgeordneten Stellen Anregungen gegeben worden, die im wesentlichen mit den von der Arbeitsgemeinschaft verfolgten Zielen übereinstimmen. Oberregierungsrat Weller erklärte: „Sobald diese Aufgaben ernstlich an uns herantreten, werden wir uns Ihrer heute hier vorgetragenen wie auch der in Ihrer Eingabe enthaltenen Wünsche für die Berücksichtigung des Holzgewerbes erinnern; das darf ich Ihnen jedenfalls im Namen der von mir vertretenen Behörden erklären.“

Diese Erklärung besagt zwar nicht viel, mehr konnte aber im Augenblick füglich nicht erwartet werden. Inzwischen wird versucht, die übrigen Behörden im Reich im gleichen Sinne zu beeinflussen, so daß die Hoffnung, die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe werde nicht vergeblich sein, berechtigt erscheint. Uebertriebenen Hoffnungen wird man sich freilich nicht hingeben dürfen, denn von entgegenkommenden Worten aus dem Munde der Regierungsbereiter bis zu greifbaren Taten liegt erfahrungsgemäß ein weiter Weg. Die Organisationen werden bei ihrem Werk, das im wesentlichen der Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger gewidmet ist, nicht erlahmen dürfen.

Berlin und Umgegend.

Urlaub für heimgekehrte Kriegsteilnehmer im Brauergewerbe.

Als im Verlauf des Krieges Kriegsteilnehmer aus verschiedenen Gründen aus dem Heeresdienst entlassen bzw. auf längere Zeit beurlaubt wurden und ihre Tätigkeit in den Brauereien wieder aufnehmen, entstand die Frage: wann und unter welchen Voraussetzungen haben die aus dem Heeresdienst entlassenen bzw. beurlaubten Teilnehmer Anspruch auf den tariflichen Urlaub? Einzelne Brauereien gingen dazu über, den heimgekehrten e. t. l. a. s. s. n. Kriegsteilnehmern Urlaub nur dann zu gewähren, wenn dieselben gemäß der Tarifvorschrift beim Beginn des Urlaubsjahres, dem 1. April, mindestens ein halbes Jahr wieder im Betriebe beschäftigt waren. Beurlaubte, selbst wenn sich die Beurlaubung auf Monate erstreckte, erhielten überhaupt keinen Urlaub von der Brauerei. Diese Maßnahme wurde allseitig als Härte für die heimgekehrten Kriegsteilnehmer bezeichnet und ein Verhältnis angestrebt, welches unter möglicher Vermeidung aller Härten eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung darstellt. Die Vertreter des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend erarbeiteten die Festschließung einer Mindestdauer der Weiterbeschäftigung als Vorbedingung an sich und die Festschließung eines Stichtages für unerlässlich. Das Ansuchen, den heimgekehrten Kriegsteilnehmern den Urlaub unmittelbar nach ihrem Wiedereintritt in die Brauerei zu gewähren, bezeichneten die Arbeitgebervertreter als unerlässlich. Begründet wurde dieser Standpunkt damit, daß die Brauereien mit der Möglichkeit zu rechnen hätten, daß ein unmittelbar nach seinem Wiedereintritt beurlaubter Teilnehmer nach Ablauf seines Urlaubs die Arbeit in der Brauerei aufgibt oder tatsächlich gar nicht erst antritt. Der Kriegsfürsorgeausschuss für das Brauergewerbe zu Groß-Berlin, der über die vorliegende strittige Frage zu befinden hatte, kam nach längerer Beratung in seiner Sitzung vom 11. August cr., der am 4. August cr. eine Vorberatung vorausgegangen war, zu dem Entschluß, daß für die heimgekehrten Kriegsteilnehmer die Festschließung einer mäßigen Mindestbeschäftigungsdauer als Voraussetzung für die Gewährung des tariflichen Urlaubs am Plage sei. Der Kr. F. A. traf folgende Entscheidung:

„Alle aus dem Heeresdienst entlassenen Teilnehmer, gleichviel ob dieselben dauernd oder nur vorübergehend das Arbeitsverhältnis wieder aufnehmen, haben Anspruch auf Urlaub, sobald dieselben wieder 13 Wochen beschäftigt gewesen sind. Der Urlaub gilt für dasjenige Urlaubsjahr, in welchem die volle 13 wöchige Beschäftigung vollendet wird.“

Hierbei ist es gleichgültig, ob die 13 Wochen Mindestbeschäftigung erreicht werden durch eine, sich auf einen Zeitraum erstreckende Arbeitsleistung, oder ob sich die Arbeitsleistung auf mehrere Abschnitte erstreckt.

Arbeitsleistungen von 13 Wochen, die sich auf mehrere Urlaubsjahre verteilen, sollen eine Urlaubsberechtigung nicht nach sich ziehen.“

Durch diese Entscheidung, in welche auch die beurlaubten Kriegsteilnehmer einbezogen sind, sind selbstverständlich nicht alle Härten beseitigt; denn jede Fristsetzung birgt Härten in sich. So kann beispielsweise ein Kriegsteilnehmer, der unmittelbar nach dem Stichtag die Arbeit wieder aufnimmt, für das zurückliegende Urlaubsjahr keinen Urlaub mehr beanspruchen.

Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die vorstehende Entscheidung des Kr. F. A. nur für Kriegsteilnehmer Geltung hat. Für die übrigen in den Brauereien Beschäftigten, vom Heeresdienst nicht betroffenen Arbeitnehmer bleibt der Grundlag bestehend, daß eine tarifmäßige Lösung des Arbeitsverhältnisses den tariflichen Urlaubsanspruch verbürgt.

Deutsches Reich.

Fürsorge für Kriegserwerbslose in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Infolge Mangels an Rohmaterialien herrschen für die in der Schokoladenindustrie Beschäftigten schon seit Monaten recht unsichere Arbeitsverhältnisse. Das zu verarbeitende Quantum Zucker wurde schon Weihnachten 1915 um 50 Prozent und durch eine Anordnung des Kriegsernährungsamtes im Juli 1916 nochmals um 25 Prozent heruntersetzt. Eine ganze Anzahl von Erzeugnissen wurde verboten, wodurch besonders viele Handarbeiter betroffen wurden. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich deshalb auch um über die Hälfte verringert. Die meisten der Entlassenen haben in anderen Berufen, vor allem in der Kriegsindustrie, Beschäftigung gefunden. Einer ganzen Anzahl aber war es doch trotz des besten Willens nicht möglich, andere Arbeit zu finden. Die Zahlstelle Dresden des Zentralverbandes der Föder und Konditoreen, die schon früher Eingaben um Unterstützung der Brotlos gewordenen und verlorzt Arbeitenden an den Rat der Stadt Dresden und auch an die fünf umliegenden Amtshauptmannschaften gerichtet hatte, richtete noch Ende Juli eine Eingabe direkt an das sächsische Ministerium des Innern. In der Eingabe wurde verlangt:

1. den in der Schokoladen-, Waffeln- und Zuckerwarenindustrie (Zuckerwarenindustrie) arbeitslos gewordenen und verlorzt tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen eine laufende Unterstützung aus Mitteln des Staates gewähren zu wollen;

2. die königliche Regierung möge den Bundesrat erlauben, dem Ansuchen der Antragsteller ebenfalls für das Gebiet des Deutschen Reiches Folge zu geben;

3. die Regelung und die Unterstufungen wie bei den Textilarbeitern einführen zu wollen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat auf diese Eingabe inzwischen folgende Antwort erteilt:

„Der Neuordnung der Unterstützungsmaßregeln zugunsten etwa erwerbslos werdender Schokoladenarbeiter usw. bedarf es nicht, da auf solche Fälle die schon bestehende allgemeine Fürsorge für Kriegserwerbslose Anwendung zu finden hat. Die besonderen Maßnahmen für Textilarbeiter und andere unterstufen sich davon nicht in der Sache selbst, sondern nur hinsichtlich der Höhe der Reichs- und Staatsbeiträge. Die Erwägungen, die hinsichtlich dieser Frage auch für das Schokoladengewerbe schweben, beeinflussen also die Unterstützung als solche nicht.“

Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Wenn noch Unklarheit darüber herrschte, ob die Betreffenden Unterstützung zu bekommen hätten oder nicht, so ist diese Frage nun gelöst. In der Antwort des Ministeriums ist zum Ausdruck gebracht, daß alle in der Schokoladenindustrie erwerbslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen Anspruch auf die allgemeine Fürsorge für Kriegserwerbslose haben. Ob aber auch diejenigen, die befristet arbeiten, eine Unterstützung erhalten sollen, ist noch nicht klar zum Ausdruck gebracht. Wahrscheinlich schweben hierüber noch die Erwägungen. Ebenso herrscht über die Höhe und die sonstigen Bedingungen noch vollständige Unklarheit. Erreutlich ist es immerhin, daß nun endlich auch die Verursachenden der durch den Krieg stark geschädigten Zuckerwarenindustrie unterstützt werden sollen; lange genug hat es gedauert.

Ausland.

Präsident Wilson und die Eisenbahner.

Präsident Wilson begab sich am Sonnabend nachmittags nach dem Capitol, wo er eine Besprechung mit den Führern der politischen Parteien über eine Abänderung der Commerce-Commission-Bill hatte, um die Frachttarife zu erhöhen und es dadurch zu ermöglichen, den Eisenbahnangehörigen höhere Löhne zu zahlen. Wilson erörterte ferner die Frage, ob eine Veranlassung möglich sei, wodurch künftig Eisenbahnerjournale vermindert werden könnten. Später hatten die Eisenbahnpräsidenten eine Beratung über die Vorschläge Wilsons. Diese bestehen darin, daß die Eisenbahnbediensteten den achtstündigen mit Lohnstundenentlohnung annehmbar sollen. Die Eisenbahnpräsidenten wünschen dagegen, die ganze Frage einschließlich der Löhne und der Arbeitsdauer einem schiedsgerichtlichen Urteil zu unterwerfen. Die Vertreter der Eisenbahner sangen an ungeduldig zu werden und drohen sofort zu streiken, wenn ihre Forderungen nicht unbedingt angenommen werden oder der Kongress Maßregeln ergreift, um die Lage sofort zu bessern.

Neuer meldet aus Washington: Da die Präsidenten der Eisenbahnen die Vorschläge Wilsons offenbar endgültig abgelehnt haben und auch die Eisenbahner eine unversöhnliche Haltung einnehmen, besteht die erste Gefahr eines Streiks auf allen Eisenbahnen des Landes. Man glaubt, daß nur ein schnelles Eingreifen des Kongresses der Lage ihren Ernst nehmen kann. Die Eisenbahner sind bereit, auf den Ruf ihrer Führer sofort die Arbeit niederzuliegen.

Aus Industrie und Handel.

Kaffee-Beschlagnahme durch England.

„Berlingöfe Tidende“ meldet aus Stockholm, daß die Johnson-Linie ihre Dampfer brasilianische Häfen nicht mehr anlaufen lasse, da dort kein Kaffee mehr erhältlich sei; die Engländer hätten alle verfügbaren Vorräte aufgekauft. In England würden Hunderttausende von Säcken Kaffee zurückgehalten, von denen ein großer Teil für Schweden bestimmt sei. Es sei keine Aussicht auf ihre Freigabe.

Russische Petroleumabzählung.

Nach englischen Mitteilungen hat die Wala Russische Petroleum-Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von rund 73 000 Tausend Sterling erzielt gegen rund 27 000 Tausend Sterling im Vorjahr. Infolge Rückganges des Rubellurses vermindert sich der Gewinn auf rund 34 000 Tausend Sterling. Die Russische Petroleum-Compagnie erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von rund 68 000 Tausend Sterling gegen 53 000 Tausend Sterling ohne Berücksichtigung der Rubelliferenz. Beide Gesellschaften verteilen keine Dividende. Der Durchschnittspreis für Petroleum betrug im Jahr 1915 rund 41 Kopfen pro Pud gegen rund 33 Kopfen im Jahre vorher.

Eingegangene Druckschriften.

Wilhelm Reil, W. d. R., „Die ersten Kriegsteuern und die Sozialdemokratie.“ Verlag Buchhandlung Bornharts, Berlin SW. 68. Preis 2 M., Vereinskassengabe 1,20 M.

Was dem Inhalt: Die Kriegsabgaben der Reichsbank — Das Steuerprogramm Dr. Helfferichs — Die Kriegsteuerentwürfe der Sozialdemokratie — Die erste Forderung der Steuerentwürfe — Offizielle und nichtoffizielle Ausführlungen — Das Schicksal des Erbschaftsteuerentwurfs — Die Debatten über den Weibedtrag — Das Kriegsteuervergebot — Die Erhöhung der Tabakabgaben — Die Post- und Telegraphensteuer — Der Frachturkundenstempel — Der Warenumschlagstempel — Ausblick in die Zukunft.

Hugo Lindemann, „Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaften.“ Verlag Buchhandlung Bornharts, Berlin SW. 68. Preis 2 M., Vereinskassengabe 75 Pf.

Die unter Leitung von Paul Kirch herausgegebene Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen hat eine wertvolle Bereicherung erfahren. Als 18. Heft ist die Antrittsvorlesung von Hugo Lindemann an der Technischen Hochschule zu Stuttgart erschienen, die in kurzen Zügen den Begriff und die Bedeutung der Kommunalwissenschaften erläutert. Noch wichtiger für den praktischen Kommunalpolitiker ist der zweite Teil des Heftes, eine Uebersicht über die kommunalpolitische Literatur, wie sie in gleicher Vollständigkeit bisher nicht existiert. Fast 80 Seiten werden durch diese Zusammenstellung ausgefüllt, eine Zusammenstellung, die in des Wortes vollster Bedeutung ein Führer durch alle Zweige der kommunalpolitischen Literatur ist und besonders unseren praktisch tätigen Genossen, aber darüber hinaus auch jedem Kommunalpolitiker eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Lösung der gewaltigen Aufgaben ist, die nach Beendigung des Krieges an die Gemeinden herangetragen.

BOSNIA
Zigaretten aus Tabaken
neuester Ernte

Chronik des Weltkrieges.

29. August 1914.

Generaloberst von Hindenburg hat die vom Karem vorgegangene russische Armee in der Stärke von 5 Armeekorps und 3 Kavalleriedivisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gillyenburg und Ortelsburg geschlagen. Seine Truppen verfolgten die Russen über die Grenze.

Die große Schlacht in Gallien nimmt ihren Fortgang. Bei Helgoland kam es zu einem Begegnungsgefecht zwischen Streikkräften der deutschen und englischen Flotte. Von deutschen Schiffen sank „Ariadne“, doch konnte der größte Teil der Besatzung, etwa 250 Köpfe, gerettet werden. Auch das Torpedoboot „B 187“ wurde durch feindliche Kreuzer und Zerstörer versenkt. Auch hier wurde ein beträchtlicher Teil der Besatzung gerettet. Die kleinen Kreuzer „Köln“ und „Mainz“ werden vernichtet. Nach einer Neuter-Meldung aus London sind sie gleichfalls im Kampfe mit überlegenen Gegnern gesunken. Ein Teil ihrer Besatzung scheint durch englische Schiffe gerettet worden zu sein. Nach der gleichen englischen Quelle haben die englischen Schiffe schwere Beschädigungen erlitten.

Das neue französische Ministerium hat einen Aufbruch an die Bevölkerung gerichtet, in dem es heißt es:

„Ein sicherer, aber nicht entscheidender Kampf beginnt. Wie auch der Erfolg sein wird, der Krieg wird fortauern. Frankreich ist nicht eine leichte Beute, wie sich ein unbuldsamer Feind eingebildet hat. Franzosen! Die Pflicht ist tragisch, aber einfach: den Eindringling zurückzuwerfen, ihn zu verfolgen und unseren Boden von seiner Gegenwart und die Freiheit von seinen Fesseln zu befreien, und auszuhalten bis zum Abgesehen, bis zum äußersten auszuhalten, falls nötig bis zum Ende.“

29. August 1915.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz Stellungskämpfe. Im Osten weiterer Vormarsch der deutschen und österreichischen Truppen. Die Zahl der österreichischen Gefangenen in den Kämpfen bei Vladimir-Bolnokoij und an der Hoto-Elpa hat sich auf 10 000 erhöht.

An der Frontenfront heftige Kämpfe, bei denen die Italiener keine Erfolge zu erzielen vermochten.

Um Jaurès.

Die Trauer um Jaurès erfüllt noch heute die Herzen der französischen Sozialisten. Der Verlust dieses Mannes in einer Zeit, wo er für die französische Partei, für das gesamte internationale Proletariat, unerlässlich war, bedeutete für sie und für uns alle einen schweren Schlag. Am Jahrestage seines Todes versammelten sich in Paris die Sozialisten aller Schattierungen in dem gemeinsamen Wunsch, den Toten zu ehren, sein Bild und sein Wesen lebendig zu halten.

Jaurès beherrschte die Gedanken der französischen Genossen so vollständig, daß sie sich bei jedem Schritt von besonderer politischer Tragweite fragen: wie würde Jaurès gehandelt haben, was würde er uns raten, wenn er lebte. Alles das ist begreiflich. Aber das Weigen vor dem Genie eines Menschen birgt auch die Gefahr in sich, daß die Verehrung zu einem Kult wird, der kein Wort der Kritik mehr verträgt, der die Verehrten mit sanfter Gewalt in der Situation festhält, in der er starb. Das Leben um sie geht weiter, die Ereignisse überstürzen sich. Sie sehen es wohl, aber nur wie durch einen Schleier, für sie bleibt dennoch die Zeit maßgebend, in der sie mit dem Toten zusammen waren. Mag sich die Politik ihres Landes ändern, sie richten ihre Aktion nach der Politik, die war, als der Tote noch lebte.

Darüber entsteht die andere Gefahr, die Lehre des Toten den eigenen Handlungen anzupassen, das heißt die politische Haltung der Partei als im Sinne des Verstorbenen liegend zu begründen an der Hand von Aussprüchen und Schriften, die zu anderer Zeit unter anderen Voraussetzungen entstanden sind. So wird aus der Ehrung des Toten eine Gerabwürdigung zum Deckmantel für die Politik seiner Nachfolger. — Die Welt genießt dann das Schauspiel, daß mehrere Gruppen den Verbliebenen für sich reklamieren, daß eine der anderen vorwirft, sie handele nicht in seinem Geiste und Schmale durch ihre Laten sein Andenken.

Die Erkenntnis dieser Gefahr scheint auch in Frankreich zu erwachen. Eine Frau, die Genossin Jeanne Galb-wachs, findet als erste den Mut zu sagen, wie wenig Gefallen Jaurès an einer solchen Art der Verehrung finden könnte. In einem Aufsatz „Jaurès' Dien“ (Gott Jaurès) schildert sie, wie der Tod ihn mit den Flammen der Apotheose umgab, deren Widerschein die Vergangenheit in fast über-natürlichem Glanz erstrahlen ließ.

„Alle die Zeugen des tragischen Kampfes zwischen dem Frieden und dem Kriege im Juli 1914 bewahren das Bild Jaurès als Friedenskämpfer, durch den Krieg zu Boden geschleudert, der, wie man gesagt hat, über seinen Körper hinwegzureden mußte, um passieren zu können. Sie haben die menschliche Hoffnung wie eine zu schwere Bürde seinen Händen entgleiten sehen, und die Menschen, die auf das Glück verzichteten, stürzten sich die einen auf die anderen, um sich zu zerreißeln. . . . Unser verzweifelter Glaube flammerte sich an den Toten Jaurès; er würde es verstanden haben; er würde es gekannt haben! Das war wie eine Tröstung für unsere Ohnmacht. . . . Sein Tod wurde der Zufall, den niemand vorhersehen konnte. Unsere berechnete Demut hielt uns davon zurück, etwas anderes an seine Stelle zu setzen, denn wir sind Menschen und er ist Gott.“

Aber das Leben steht nicht still. Es war nötig, seine Arbeit, die sozialistische Arbeit wieder aufzunehmen. Was würde der Meister getan haben? Die Gläubigen sind da, aber es vereint sie nicht das gleiche Gebet. Die Rufe und die Antworten sind verschieden, weil die Menschen ihre Leidenschaften mit in den Tempel genommen haben. „Nicht Jaurès und seine Wahrheit suchen diese Menschen, denen Jaurès die Mission übertragen hatte, den Krieg zu verhindern, sie suchen sich selbst. Sich selbst und ihre Schwäche wollen sie heiligen, sie bieten sich selbst ihrer Anbetung dar. . . . Gört Renaudel, wie er uns fromm einige Seiten von Jaurès im Arcadéro vorliest. Er schmeichelt ohne Schonung den Leidenschaften

des Moments. Jaurès hatte euch gesagt, den Deutschen zu mißtrauen, Jaurès befehlte euch, die Menschen, die das Schiedsgericht verweigert haben, zu verachten und zu hassen. . . . Das Werk Jaurès ist jetzt eine Bibel, in der jeder blättert. Er kommt zurück mit einem Text, der eine Waffe gegen den Gegner sein wird.“ Jede der kämpfenden Parteien betrachtet Jaurès als ihren Gott. „Die Sozialisten des Friedens wie die des Krieges sagen: Gott ist mit uns, und sie sehen sich nirgends der Gefahr aus, wo der Meister noch nicht gegangenen wäre. Allen verbirgt der Gott den Menschen. Jaurès würde geschaffen haben. Es war notwendig, daß er kauf. . . . Jede Stunde seines Lebens fand ihn neu wie ein Kind. Er wurde, so scheint es, bei jedem Ereignis aufs neue geboren. Er war frei, vollkommen frei. Frei von Vorurteilen, frei von der Rasse, der Partei, vom Alter, frei von der Vergangenheit. . . . Jeder Gedanke war Tat. Er ließ sich nicht durch Worte täuschen, nicht von der Gewohnheit festhalten.

Ihn unierem Krieg dienstbar machen, ihn, der nicht darin gelebt hat, heißt ihn und sein ganzes Werk verraten. Die Lehren Jaurès haben heute keinen Wert, weil Jaurès nicht Gott ist, weil er nicht Gott sein wollte, und nicht den Menschen ewige Gebote vorschrieb.“

Die heutige Welt ist nicht die seine. Wir haben kein Recht, uns im Krieg dessen zu bedienen, was Jaurès im Frieden gedacht hat. Angesichts des Krieges würde er geschaffen, gekämpft haben. Das ist die einzige Gewißheit, die uns erlaubt ist.

„Er würde uns sagen: seid meinen Worten untreu, damit ihr meinem Geist treu bleibt. . . . Ihr feiert mich in Vers und Prosa. Ihr tragt mein Bildnis im Medaillon, ihr betet mich an, aber es ist eure Freiheit von vor zwei Jahren und eure Schwäche von heute, die ihr anbetet.“

Nach habe vom Krieg gesprochen während des Friedens, vom Vaterland während des Friedens, von der Internationale während des Friedens. Ihr, die ihr im Kriege seid, schaut ihn an: dort, Auge in Auge, ohne Furcht, wie ich es getan haben würde.

Ihr verschanzt euch hinter meinem Deichnam, um nichts zu sehen.“

Uns scheint diese Ehrung Jaurès, das Lob seiner schöpferischen Tätigkeit, die beste zu sein, die wir lasen. Nicht über uns ergehen lassen sollen wir den Krieg und seine Schrecken. Wir sollen ihm ins Auge sehen und lernen, wo wir neu schaffen müssen, um ihn zu überwinden. (2)

Romain Rolland und Jaurès.

Nach dem „Avant“ vom 11. August hat Romain Rolland gelegentlich seiner Pariser Erinnerungsfeier zu Ehren von Jaurès folgenden Brief an Longuet gerichtet:

Lieber Longuet!

Ich schreibe mich Eurer Gedächtnisfeier von ganzem Herzen an. Jaurès ist wie einer jener Berge, die um so höher erscheinen, je weiter sie von uns entfernt sind. Der gewaltige Rärm und Tumult der letzten zwei Jahre hat nicht vermocht, die ungeheure Beere auszufüllen, die durch das Verstummen dieser machtvollen Stimme hervorgerufen wurde. Ich, der ich in ständiger Verbindung mit den freien Geistern aller Kriegführenden und neutralen Nationen geblieben bin, habe während dieser beiden Jahre die Einmütigkeit im Schmerz und in der geradezu religiösen Verehrung feststellen können, die den Namen von Jean Jaurès und die Erinnerung an ihn umgeben. Überall die gleiche Klage: „O wenn doch Jaurès noch lebte.“

Überall dieselbe offen ausgesprochene oder vorausgesetzte Ueberzeugung: „Wäre er am Leben geblieben, er hätte allein all dieses Unheil verhütet“. Ob er es wirklich vermocht hätte oder nicht, das will ich hier nicht erörtern. Es genügt, daß diese Ueberzeugung, mag sie berechtigt oder übertrieben sein, das glänzendste Lob ist, das einem Menschen zu teil werden kann. Sein Lob war seine Verherrlichung. Die legendäre Erinnerung an ihn wird sich von nun an erhalten wie die Vorstellung eines Helden, eines Heros, der allein, so wie Atlas die Säulen des Himmels über der alten Welt trug, dem Krieg, der auszubrechen drohte, widerstand.

Die einzige Aufgabe, an die ich heute erinnern will, ist diese, welche hohe Bedeutung in der heutigen Welt eine Persönlichkeit haben kann. Seit einem halben Jahrhundert verkennt der Sozialismus diesen Umstand. Er gibt vor, daß heute nur noch die großen Gesamisströmungen, die breiten namenlosen Massenbewegungen und ihre Gesetze Geltung haben. Inzwischen die Geschichte der beiden letzten Jahre hat bewiesen, daß diese kollektiven Kräfte blind und unsicher bleiben, daß sie von ihrem Wege abirren und zurückfluten oder in sich selbst zusammendringen, wenn sie nicht von einem unerschütterlichen bestimmten Bewußtsein geleitet werden, das ihr Auge, ihre Stimme, ihre Vernunft und ihr Glaubens ist.

Statt die Aufgabe des Individuums zu leugnen, sollte der Sozialismus dessen Kraft verhundertfachen, denn er bedarf der Männer, die in sich die ganze zerstreute Energie der Völker zusammenschaffen und sie zu einem mächtigen Strahlendübel klarster Erkenntnis vereinigt auf ihren Weg richten.

So einer war Jaurès. Und das Unglück der Zeiten war, daß er ein Einzelner war.

Ihr Romain Rolland. (2)

Politische Uebersicht.

Alldeutsches.

Die in Mainz erscheinenden „Alldeutschen Blätter“ besaßen sich in ihrer Augustnummer mit der von der sozialdemokratischen Partei in München veranstalteten Jaurèsfeier. In den Auslassungen des alldeutschen Organs finden sich folgende Krassheiten: „Aber nehmt Euch die Kerle her — tut's uns Solbaten zuliebe — und rüttelt diese Schlafrockstrategen, diese Pantoffelsozialisten! Müttel und schüttelt sie, daß ihnen die knackigen Knochen klappern und die feisen-wässrigen Adern plagen. Und dann begrabt diese Helden in der deutschen Erde, die viel zu gut für sie ist.“

Diese Probe alldeutschen Geistes muß genügen. Wenn auch noch manche liebliche Redewendung über das „Friedensgefühl der Dabeimgebliebenen“ folgt, die Wucht der oben-angeführten Worte erreicht der Artikelschreiber nicht mehr.

Das Selbstbestimmungsrecht — eine „gedankenlose Phrase“!

Dem Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Mei-nungen, der kürzlich eine Broschüre „Belgische Ein-

brücke und Ausblicke“ veröffentlicht hat, ist vom Generalgouverneur v. Bissing nach der „Freisinnigen Zeitung“ folgendes Schreiben zugegangen:

„Ich habe Ihre Ausführungen mit steigendem Anteil gelesen und freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich Ihrer Ansicht in jeder Hinsicht beistimme. Eine besondere Bemerkung hat es mir gewährt, daß Sie die gedankenlose Phrase vom dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in ihrer ganzen Höhe aufgedeckt und auf die vollständige praktische Unbrauchbarkeit und Unmöglichkeit dieses Grundsatzes so nachdrücklich hingewiesen haben. Wenn man, wie ich, genötigt ist, die Behandlung der belgischen Frage in der Presse zu verfolgen, und in einem Teil derselben immer wieder Darstellungen und Forderungen findet, die durch keinerlei Sachkenntnis getrübt sind, ist es wahrhaft herzerquickend, eine so vorzügliche Schilderung wie die Ihre kennen zu lernen. Ich bin Ihnen für die Freude, welche Sie mir mit der Uebersendung des Buches bereitet haben, zu besonderem Danke verpflichtet.“

Nun kann sich also Dr. Paul Vensch bei seiner Gehe gegen die „Selbstbestimmungs-Klausur“ auf die Autorität des Herrn v. Bissing berufen, der dieselbe Meinung wie Vensch mit erfrischender Offenheit vertritt.

Das Ende des Jesuitengesetzes?

Der Reichstagsabgeordnete Reinf. Mumm veröffentlicht in dem christlich-sozialen „Volk“ (Nr. 199) eine Erklärung für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, das praktisch keine Bedeutung mehr habe. Er habe Grund zu der Annahme, daß keine Partei des Reichstages eine Vereinfachung des Jesuitengesetzes bekämpfen werde.

Die „Kölnische Volkszeitung“ begrüßt diese „dankenswerte Erklärung“ des protestantischen Kanonikalers und hofft, daß die zahlreichen mit dem Eisernen Kreuz geschmückten Jesuiten am Tage des Sieges nicht als „beangewöhnte Subjekte“, sondern als vollberechtigte deutsche Staatsbürger durch das Brandenburger Tor mit einziehen.

Die Sozialdemokratie ist bekanntlich seit jeher für Aufhebung des Ausnahmengesetzes gegen die Jesuiten eingetreten.

Der Produktionszwang in der Landwirtschaft.

Mehrfach ist in letzter Zeit die Frage erörtert worden, ob nicht durch Einführung des staatlichen Zwanges die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden könnte. Die Meinungen über die Vorteilhaftigkeit der Anwendung eines gewissen Zwanges gehen auseinander. In den „Mitteilungen der Landwirtschaftsgesellschaft“ begründet Dr. Walter Dig die Einführung eines Befähigungsnachweises für landwirtschaftliche Betriebsleiter mit folgendem:

„Werden doch nicht nur kleine Anwesen von unfähigen Leitern und Inhabern bewirtschaftet, sondern sind noch viele von den großen und sehr großen Gütern Besitzern und Leitern anvertraut, die alles Mögliche studiert oder nicht studiert haben, meist lange Jahre Offizier gewesen sind und dann plötzlich die Leitung eines großen Gutes übernehmen müssen. Die Zurückgebliebenen sind doch meist deshalb zurückgeblieben, weil ihnen die Vorbildung für ihren Beruf fehlt. Sind sie nur aus Mangel an Geldmitteln zurückgeblieben, so bedarf es wohl kaum eines Zwanges, um sie zu zweckmäßigen Veränderungen ihres Betriebes anzuhalten.“

Anderer Ansicht ist der Deutsche Landwirtschaftsrat, der zu der angeschnittenen Frage mit folgender Erklärung Stellung nimmt:

„Der Vorstand der Gesellschaft wünscht nach Abschluß dieses Meinungsaustausches seinerseits ausdrücklich hervorzuheben, daß er getreu den bewährten Grundfragen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für den zu erstrebenden Fortschritt auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Gütererzeugung die aus dem Gefühl eigener Verantwortung entspringende Selbsthilfe und solche Maßnahmen, die diese anregen, in den Vordergrund stellt. Der dauerhafte Fortschritt gründet sich nach seiner Ansicht in erster Linie auf die stetige und planmäßige Arbeit des einzelnen Betriebsleiters und der landwirtschaftlichen Körperschaften, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte durchaus feste und gesunde Grundlagen für den landwirtschaftlichen Fortschritt geschaffen haben und für die Zukunft die sichere Gewähr weiterer Erfolge geben. Zwangsmassnahmen, die die Eigenart der einzelnen Landwirtschaftsbetriebe nicht berücksichtigen, zerreißt, wie die Erfahrung lehrt, wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge, beunruhigt und hemmen auf die Dauer die Gütererzeugung zum Schaden der Allgemeinheit.“

Für die Dauer wird man um Zwangsmassnahmen nicht herumkommen, namentlich deshalb nicht, weil aus agrarischen Kreisen immer wieder die Forderung kommt, man werde den Anbau einschränken müssen, wenn nicht höhere Preise bewilligt werden.

Das tägliche Brot.

Die Ernte 1916 und die Volksernährung.

Amtlich. Berlin, 29. August. (B. L. B.) Nach dem Ergebnis der vorläufigen Ernteschätzung von Brotgetreide ist das Kuratorium der Reichsgetreidestelle im Einverständnis mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts in der Lage gewesen, die Arbeiter-Brotzulagen, welche in den beiden letzten Monaten des alten Erntejahres — hauptsächlich wegen des Kartoffelmangels — als Sonderzulagen gewährt waren, nunmehr als dauernde Vermehrung der Brotportionen zuzubilligen, und außerdem allen jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren vom 1. Oktober ab eine Zulage von 50 Gramm Mehl für den Tag zu gewähren.

Amtlich. Berlin, 28. August. (B. L. B.) Die Brotgetreideernte des Jahres 1916 ist als eine mittlere Ernte zu bezeichnen, die über das Ergebnis der vorjährigen Winterernte nicht unvesentlich hinausgeht. Sie übertrifft die vorjährige Ernte nicht in demselben Maße wie die Ernte an Futtermitteln, insbesondere an Hafer und Gerste, sie hat es aber ermöglicht, wie die Mitteilungen der Reichsgetreidestelle an anderer Stelle ergeben, eine nicht unerhebliche Verbesserung der Brotversorgung der Bevölkerung vorzunehmen. Die recht erheblichen Zulagen, welche in den letzten beiden Monaten des alten Wirtschaftsjahres den Schwerarbeitern, insbesondere wegen der Störungen in der Kartoffelversorgung, bewilligt worden sind, können als dauernde für das ganze neue Erntejahr in Aussicht gestellt werden, und daneben wird ein allseitig gehörter Wunsch, der Jugend mit ihrem erhöhten Ernährungsbedürfnis in der Hauptzeit ihres Wachstums eine Zulage zu bewilligen, Rechnung getragen. In der Bemessung der Brotration zurzeit noch weiter zu gehen, ist nicht möglich. Es muß vor allen Dingen vermieden werden, daß etwa später,

wenn die endgültige Bestandsaufnahme irgendwie geringere Quantitäten ergeben sollte, eine nachträgliche Herabsetzung stattfinden müßte, wie sie leider im Dezember vorigen Jahres hat eintreten müssen.

Der Preis des Brotgetreides bleibt derselbe. Ebenso werden die Mehlpreise der Reichsgetreidestelle keine Erhöhung erfahren; ja, es ist möglich gewesen, den Preis für Roggenmehl vom 1. August ab um 1 M. für den Doppelpentner herabzusetzen. Sodann hat die Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle es möglich gemacht, den Preis für Weizengrieß aus den von ihr belieferten Griesmühlen, und zwar für den Kleinhandelspreis, von 45 Pf. auf 28 Pf. für das Pfund herabzusetzen.

Auch die Verhandlungen im Kriegsernährungsamt wegen vermehrter Herstellung und Verbilligung von Suppenstoffen, Graupen, Grütze, Haberflocken, sind soweit gefördert, daß auch in dieser Hinsicht eine baldige Verbesserung der Versorgung zu erwarten ist. Die Verbilligung und vermehrte Bereitstellung dieser Suppenstoffe, die sich ja erfreulicherweise hat durchführen lassen, entspricht vielfach geäußerten Wünschen aus der Bevölkerung und ist bei der unvermeidlichen Knappheit an Fetten von erheblicher Bedeutung für die Ernährung. Alles in allem kann noch gehofft werden, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Mehl, Grieß und den übrigen aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln eine bessere werden wird wie bisher.

Gegen die Verteuerung der Pflaumenernte.

Die beiden Vereine Dresdener Obst- und Produkt-Kleinändler haben sich entschlossen, vom 28. d. Mts. ab die Pflaumen im Kleinhandel nicht teurer als zu 25 Pfennig für das Pfund zu verkaufen. Dieser Preis soll in den nächsten Tagen solange weiter herabgesetzt werden, bis er einen, den heutigen Verhältnissen und der überreichen Ernte entsprechenden Stand erreicht hat. Zum Schutze gegen die Abwanderung der Ware nach Berlin soll bei der sächsischen Regierung ein Ausfuhrverbot beantragt und überdies die Berliner Preisprüfungsstelle veranlaßt werden, dort ebenso, wie in Dresden, auf entsprechende Preisermäßigung zu dringen, solange das Kriegs-ernährungsamt sich noch nicht zur Einführung von Höchstpreisen entschließen kann. Mit den sächsischen größeren Städten ist ein gemeinsames Vorgehen bereits angebahnt worden.

Enttäuschung über das Kriegsernährungsamt.

In einem langen Aufsatz „Gedrückte Hoffnungen“ äußert sich die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 688) sehr unmutig über die bisherige Tätigkeit des R.-E.-A. Alle Maßnahmen, die eine preisbrückende Wirkung erzielen sollten, hätten bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Zahlreiche Lebensmittel sind während der Tätigkeit des R.-E.-A. weiter im Preise gestiegen. Man scheint bei den Lebensmittelherzeugern und Händlern allgemein die Ueberzeugung zu haben, daß trotz reichlicher Vorräte die Preise in jeder Woche hinaufgesetzt werden müßten. Der weiteren Entwicklung der Kartoffelversorgung sieht man „mit großer Besorgnis“ entgegen, und sieht sich außerstande, den Bewusstseinsfragen des R.-E.-A. in dieser Angelegenheit volles Vertrauen entgegenzubringen.

Das R.-E.-A. möge nicht aus anderer Deute Leder Riemen schneiden, sondern am Ursprungsort den Hebel ansetzen und Erzeuger- und Händlerpreise derartig zu gestalten suchen, daß auch für den Verbraucher erträgliche Preise herauskommen. Daß dieses bisher nicht geschehen ist, vermindert das Vertrauen zum R.-E.-A., das durch Mahnungen an die Verbraucher nicht befestigt wird.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Organisation des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises (Kirchbach-Auerbach) hielt in voriger Woche eine außerordentliche Generalversammlung ab. Sie war stark besucht. Es wurde sieben Stunden über das Thema verhandelt:

„Entspricht die seit 4. August 1914 betriebene Kriegspolitik der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit den Anforderungen selbstverständlicher Grundsätzlichkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei?“

Der Abgeordnete Kunert als Referent verneinte in zwei stündigen Ausführungen das Vorhandensein einer solchen Grundsätzlichkeit auf das entschiedenste mit dem Hinweis darauf, daß aus der Tatsache der leider bestehenden politischen Grundlosigkeit die erforderlichen Konsequenzen für den Kreis sowie für die Partei zu ziehen seien. Genosse Lensch, der Abgeordnete des Kreises, belämpfte in längerer Rede die Darlegungen des Referenten, und zwar mit Anklagen an den Inhalt seines Buches: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück.“ Im Sinne Lensch sprach in der Diskussion ein Redner, drei dagegen stellten sich auf den Standpunkt Kunerts. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen.

Eine Kreisgeneralversammlung des 1. Braunschweigischen Wahlkreises fand am Sonntag in Braunschweig statt. Der Abgeordnete des Kreises Genosse Bloß hatte es abgelehnt, auf der Konferenz zu erscheinen, weil von vornherein feststehe, daß ein Nichtauftritt in beleidigender Form gegen ihn beschlossen werden soll. Aus diesem Grunde hielt er eine Teilnahme an der Konferenz für zwecklos. Die Konferenz habe zwar das Recht, den Kandidaten für die nächste Wahl aufzustellen, aber sie habe kein Recht, den Entscheidungen des nächsten Parteitages vorzugreifen. Sein Mandat niederzulegen, wie ein Antrag an die Konferenz fordere, habe er nicht den geringsten Anlaß. Wenn die Genossen aus dem Felde zurückgeführt seien, sei er bereit, über seine Tätigkeit im Reichstag zu berichten.

Im Anschluß an die Verlesung dieses Briefes fand eine Diskussion statt, in der sich alle Redner gegen die Haltung des Genossen Bloß aussprachen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde die bereits mitgeteilte vom Kreisverein der Stadt Braunschweig vorgeschlagene Nichtauftrittsresolution angenommen. Der Antrag des Ortsvereins Lehnorf, dem Parteivorstand die Beiträge zu sperren, wurde gegen eine Stimme abgelehnt. — Ein Antrag des Ortsvereins Blankenburg, den Bezirksvorstand aufzufordern, die Verbreitung der Parteikorrespondenz zu verweigern, wurde einstimmig angenommen. Zur Reichskonferenz wurden die Genossen Sepp Dexter und Albert Genzen gewählt, im Falle der Verhinderung wurden zwei Genossen als Ersatzmänner bestimmt.

Aus dem Bericht über den Stand der Organisationen ist mitzuteilen, daß die Einnahmen einen wesentlichen Rückgang erfahren haben. Der Verein zählt gegenwärtig zusammen 488 Mitglieder gegen 11 505 am Schlusse des Jahres 1913.

Eine erweiterte Sitzung von 120 Funktionären des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis erklärte sich erneut mit aller Entschiedenheit gegen die Politik des 4. August. Nach einem Referat des Genossen Haase und ausgiebiger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen.

Auf einen Antrag aus der Sitzung wurde einstimmig eine Sympathieerklärung für Genossen Liebschütz beschlossen.

Zur Steglitzer Wasserversorgung.

Der nunmehr fast vier Jahre währende Kampf der Gemeinde Steglitz um die Wasserversorgung ist jetzt in ein für die Gemeinde günstigeres Stadium getreten.

Der Bezirksausschuß in Potsdam hat der Gemeinde die auf Grund des Wassergesetzes beantragte Verleihung der Zwangsrechte versagt. Auf eingelegte Beschwerde hat nunmehr das Preussische Landeswasseramt die Sache zur anderweitigen Entscheidung an den Bezirksausschuß zurückverwiesen.

Die Begründung des vom ersten (zusammengezogenen) Senat gefällten Entscheides dürfte auch außer Steglitz lebhaft interessieren.

Neben anderen Einwendungen gegen das beantragte Zwangsrecht wurde von der Wehrzahl der beteiligten Grundstückeigentümer der Einwand erhoben, daß wichtige öffentliche Interessen durch das Unternehmen geschädigt würden. Weiter wurde das Vorliegen der im § 331 Abs. 1 des Wassergesetzes aufgestellten Voraussetzungen bestritten, wonach das Zwangsrecht nur erteilt werden darf, wenn das Unternehmen anders nicht zweckmäßig oder nur mit erheblichen Mehrkosten durchgeführt werden kann, oder der davon zu erwartende Nutzen den Schaden des Betroffenen erheblich übersteigt.

Im Gegensatz zum Bezirksausschuß kommt das Landeswasseramt zu der Behauptung der Frage, ob die Gemeinde Steglitz befugt ist, einen Antrag auf Erteilung des Zwangsrechts zu stellen. Der Einwand, daß wichtige öffentliche Interessen geschädigt würden, wird nicht anerkannt und der Standpunkt vertreten, daß auch keine Rücksichten des öffentlichen Wohles vorliegen, die eine Verjagung des gesamten Durchleitungsrechts erforderten. Zu dem vom Bezirksausschuß gestellten Bedingungen zur Verhütung von Störungen vorhandener Rohrleitungen heißt es, daß der scharfe Standpunkt des Bezirksausschusses hinsichtlich der Beweislast eine Ueberspannung der an den Beweispflichtigen zu stellenden Forderungen enthält. In Hinsicht auf die hohen Entschädigungsforderungen einiger Gemeinden und des Kreises Teltow wird ausgeführt, daß nur solche Schäden zu ersetzen sind, die den Grundstückeigentümern an ihren Grundstücken durch Herstellung, Unterhaltung und Benutzung der Leitung, an und für sich betrachtet, herbeigeführt werden.

Die Behauptung der Gemeinde Steglitz, daß das Unternehmen anders nicht zweckmäßig durchgeführt werden kann, wird als zutreffend anerkannt und ferner der Ansicht widersprochen, daß es Sache der Beschlußbehörde sei, abzuwägen, ob die Gemeinde Steglitz nicht ihren Vertrag mit den Charlottenburger Wasserwerken verlängern sollte. Es heißt dann weiter:

„In welcher Weise die Gemeinden den öffentlichen Bedürfnissen der kommunalen Wirtschaft genügen wollen, ist verfassungsmäßig in ihr freies Ermessen gestellt und sie sind darin nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, die die gesetzlichen Vorschriften der Kommunalverwaltung geben. Den Beschlußbehörden bei der Feststellung von Zwangsrechten kommunalaufsichtliche Befugnisse zu übertragen, ist nicht die Absicht des Wassergesetzes gewesen und würde über den Rahmen und die Zwecke des Verfahrens zur Begründung eines Zwangsrechtes hinausgehen. Ebenfalls nicht ist es richtig, die Vorteile der Verdrängung der Bedürfnisse der Kommunalwirtschaft allein nach dem Maßstabe des rechnungsmäßigen Ergebnisses zu prüfen, abgesehen davon, daß die Gemeinde es in der Hand hat, diese Vorteile durch Vermessung des Wasserginses beliebig zu verändern. Als Nutzen im Sinne des vorliegenden Unternehmens kommt allein die Möglichkeit in Frage, der Gemeinde Wasser zu beschaffen und dadurch einem Bedürfnis zu genügen, dessen Befriedigung nach den örtlichen Verhältnissen und den an Gemeinden gleicher Art zu stellenden Anforderungen als notwendige Aufgabe der kommunalen Wirtschaft angesehen werden muß. Bei den steigenden Schwierigkeiten, diesem Bedürfnis in der Nähe von Berlin zu genügen, Schwierigkeiten, die durch die Vorgesichte der Steglitzer Wasserleitung ihre volle Bestätigung gefunden haben, muß die Möglichkeit der Beschaffung einwandfreien Wassers als erheblicher Nutzen im Sinne des Gesetzes angesehen werden. Auch in der einer Gemeinde eröffneten Möglichkeit, eine eigene Wasserversorgung einzurichten und sich von dem Vertrage mit einer Privatgesellschaft frei zu machen, ist ein so erheblicher öffentlicher Nutzen zu erblicken, daß dagegen der Nachteil der einzelnen betroffenen Grundstückeigentümer schwerlich entscheidend wird ins Gewicht fallen können. Diesen Nutzen rechnungsmäßig zu beziffern, ist weder möglich noch notwendig; die Abwägung gegen die den einzelnen Grundeigentümern etwa erwachsenden Schäden muß unter Würdigung dieses Gesichtspunktes erfolgen.“

Aus Groß-Berlin.

Wurst.

Vor einigen Jahren fand in Dresden die Hygiene-Ausstellung statt. In einem der vielen Ausstellungsräume hing an der Wand ein Bild, darstellend einen Teller und darauf eine Wurst, darunter die Worte: „Wurst ist Vertrauenssache“. Wohl keinem Besucher entging dieses Bild, jeder las die Worte und nur selten ging jemand weiter ohne eine zustimmende, meist spöttische Bemerkung fallen zu lassen.

Im Fleischergewerbe erregte das Bild in der Ausstellung an sich keine Aufregung, wohl aber die umfließen drei Worte. Der Vorstand des deutschen Fleischerverbandes hatte sogar Einspruch erhoben bei der Ausstellungsabteilung mit der Begründung, daß durch diese Darstellung das ganze Fleischergewerbe herabgewürdigt resp. geschädigt würde. Erfolg hatte er unseres Wissens nicht.

Die Hygiene-Ausstellung ist längst vorbei. Seitdem sind Unmassen Wurst fabriziert und auch recht viele „Wurstsekkelgeheimnisse“ vor den verschiedenen Gerichten enthüllt worden, die immer wieder bewiesen, daß das Bild mit den drei Worten die Bedeutung hatte, daß außer dem, der die Wurst fabriziert, eigentlich niemand recht weiß, was darin ist bzw. aus was sie hergestellt ist. Das trifft natürlich nicht auf alle Fälle und alle Arten Wurst zu. Tatsache ist, daß es bei der Wurstfabrikation nicht immer und überall einwandfrei zugeht, am wenigsten in Zeiten der Fleischerteuerung und Fleischknappheit, und selbst dem Sachverständigsten ist es nicht möglich, ohne das verarbeitete Material gesehen zu haben, über zweifelhafteste Wurst durch augenscheinliche Beurteilung ein einwandfreies Gutachten geben zu können.

Wie verschiedenartig die Wurstfabrikation vor sich geht, das wissen am besten die Gesellen, die schon in sehr vielen Groß- und Kleinbetrieben und größeren und kleineren Orten gearbeitet haben. Leider wird vielfach weniger Wert darauf gelegt, beste einwandfreie Ware herzustellen als vielmehr Gewinn, Profit herauszuholen. So sehr auch die deutsche Wurstfabrikation „auf der Höhe“ ist, sie leidet durch unteille Praktiken ungeheuer.

Durch die große Fleischnot ist die Wurst fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden. Wo aber noch solche fabriziert

wird, haben die Worte „Wurst ist Vertrauenssache“ mehr Bedeutung denn je. Wie lobten unsere „Älten“ die Wurst von „früher“, da sei wenigstens noch Fleisch darin gewesen! Welcher Unterschied ist zwischen der Wurst in der Friedenszeit und in der Kriegszeit? — Kriegswurst! Auch dieses eine Wort besagt genug, mehr eigentlich noch als die obigen drei Worte. Das Evangelium der Kriegswurst ist, daß sie unergötzlich ist mit wirklicher Wurst.

Ob es früher auch schon Jungentwurst ohne Junge, Leberwurst ohne Leber, Sardellenleberwurst ohne Sardellen, Trüffelwurst ohne Trüffel u. dgl. m., aber auch Wurst mit vegetarischen Zusätzen wie Mehl, Semmel, Grütze, Graupen, Reis, Grieß u. a. m., so waren die Hauptbestandteile doch Fleisch oder Eingeweideteile vom Schlachtvieh. Der Krieg hat aber auf allen Gebieten erfinderisch gemacht, vor allem auch in der Wurstfabrikation.

Hat schon die Fleischkonservenfabrikation Zustände gezeitigt, die zum Himmel schreien, die „moderne Wurstfabrikation der Neuzeit“ führt auf gar wunderbare Wege.

Durch Verordnung des Bundesrats, die bereits am 4. Februar d. J. in Kraft getreten, ist die gewerbmäßige Herstellung von Konserven aus Fleisch oder unter Zusatz von Fleisch... verboten, die gewerbmäßige Wurstfabrikation ganz erheblich eingeschränkt. Nur zur Erfüllung von Verträgen die unmittelbar mit den Meeresverwaltungen und der Marineverwaltung abgeschlossen sind, ist die Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren zugelassen. Inzwischen wurde die Fleischnot noch viel größer, schärfere Vorschriften sind gegen die Verarbeitung von Fleisch (Mund-, Schweine- und Kalbfleisch) erlassen, und dennoch gibt es Wurst in Dosen, Wurst im Darm, neuesten Fabrikats. Blutwurst ohne Blut und Speck, Leberwurst ohne Leber und Fleisch, in Dosen, im Darm, wie's beliebt. Hochfeine Grützwurst, Grützeleberwurst, Fischwurst, Pilzwurst, und wer weiß was noch alles für —. Verfolgt man dann noch die verhältnismäßig vielen Gerichtsverhandlungen, wo über „wirkliche Wurst“, die aber noch dazu aus stinfigem, verkautem, von Maden und Schimmel durchsetztem Fleisch u. dergl. fabriziert ist, geurteilt wird, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß der Wurst noch eine besondere Zukunft bevorsteht, leider nicht zum Ruhme für das Fleischergewerbe. Vergleicht man dann noch die Preise, die bis zum Vielfachen höher sind als für die reelle Ware in der Friedenszeit, so könnte man sich wundern, daß diese „Wurstfabrikate“ noch Abnehmer finden. Es gibt viele Menschen, denen „alles Wurst“ ist, solche, die sie fabrizieren und solche, die sie essen.

Stülft sich da noch die Einwohner der Städte, wo die gesamte Wurstfabrikation in städtischer Regie betrieben wird, und wo noch „wirkliche“ Wurst fabriziert wird.

Erhebung über die Buttererzeugung in Groß-Berlin.

Nach der Bekanntmachung des Reichsanwalters über Speisefette vom 20. Juli 1916, die am 12. August 1916 in Kraft getreten ist, sind alle Speisefette mit Ausnahme der sogenannten Bauernbutter für den zuständigen Kommunalverband beschlagnahmefähig. Die Beschlagnahme umfaßt alle Butter, die in solchen Betrieben hergestellt ist, in denen durchschnittlich täglich mehr als 50 Liter Milch verarbeitet werden. Es handelt sich also nicht bloß um gewerbliche Molkereien oder landwirtschaftliche Nebenbetriebe, vielmehr werden namentlich auch alle Milchgroß- und Kleinhandlärer, Milchpächter u. dergl. betroffen, sobald sie mehr als 50 Liter täglich verarbeiten. Die gewonnene Butter wird künftig in Groß-Berlin nach noch näher zu bestimmenden Stellen abzuliefern sein. Um einen Ueberblick zu gewinnen, wieviel Butter in den gesamten Betrieben in Groß-Berlin hergestellt wird, ist eine Erhebung von der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin veranstaltet, und soweit die Betriebe bekannt sind, sind ihnen Fragebogen zugegangen.

Wer seinen Fragen erhalten hat, aber täglich mehr als 50 Liter verarbeitet, muß sich an die Butterversorgungsstelle Groß-Berlin, C 2, Poststr. 16, schleunigst wenden und das Formular in Empfang nehmen. Die Frist der Rücklieferung der ausgefüllten Formulare läuft heute am 29. August 1916 ab. Nicht rechtzeitige Rücklieferung oder nicht ordnungsmäßige Ausfüllung der Fragebogen wird nach der Bekanntmachung vom 20. Juli 1916 bestraft. Es ersäume daher niemand, sich einen solchen schleunigst abzuholen und ihn rechtzeitig abzuliefern.

Die zu heute abend angekündigte öffentliche Versammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgend, in der Reichstagsabgeordneter Hugo Haase in den Germania-Sälen in der Chausseestraße über „Krieg und Frieden“ sprechen sollte, kann nicht stattfinden, da der Polizeipräsident von Berlin auf die Versammlungsanzeige erwidert hat, daß nach der Anordnung des Oberkommandos in den Marken vom 9. Dezember 1914 öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder dieser gleich zu erachtender Vereinigungen nicht zugelassen sind.

Dagegen hat, wie wir erfahren, gestern abend die in der „Neuen Philharmonie“ anderamte Versammlung, in der Genosse Dr. David über das Thema „Krieg und Frieden“ gesprochen hat, stattfinden können. Diese Versammlung war bekanntlich vom alten Vorstande von Teltow-Weeskow „im allgemeinen“ für Anhänger der Fraktionspolitik und „im besonderen“ gegen — die „Partei-gertrümmerer“ veranstaltet worden.

Arbeiterbildungsschule. Donnerstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, der übliche wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Der Vortrag ist dem Gedanken Ferdinand Lassalles gewidmet, dessen Todestag sich zum 52. Male jährt. Genosse Eduard Bernstein wird über das Thema: „Ferdinand Lassalle und die nationalen Fragen seiner Zeit“ sprechen.

Eintrittspreis 10 Pf.

Wo bleibt das Suppenfleisch?

Uns wird geschrieben: „Die Mogen der Hausfrauen, daß in den Schlächtereien Suppenfleisch (Stich, Hesse, Dünning, Caerrippe) zum Preise von 2 M. nicht zu haben ist, mehren sich. In vielen Schlächtereien ist dieses Fleisch auf der behördlich vorgeschriebenen Preistafel gar nicht angeführt. Wo bleibt das Suppenfleisch? werden schon viele gefragt haben. Sehr einfach! Die Fleischermeyier verkaufen dieses Fleisch zu erheblich höheren Preisen. Die Hesse, ein Teil der Dünning, bringen als Schabefleisch oder Gulasch erheblich mehr als „Suppenfleisch“. Die Fleischermeyier halten dieses „Veredelungsverfahren“ für berechtigt, im Interesse ihres Geldbeutels. Erkläre doch vor kurzem einer ihrer Vertreter diejenigen, die viel Geld aus dem erhaltenen

Fleisch herausklagen, für besonders tüchtige Meister, die ihr Handwerk verstehen; diejenigen, die das nicht tun oder können (also ehrlich sind), für solche, die ihr Handwerk nicht verstehen. Das besagt viel.

Die Behauptung des Zweckverbandes der Fleischermeister von Groß-Berlin, daß Salz und Dünnung sowie Fett von erstklassigen Rindern (den sogenannten Fettträgern) schwer zu verlaufen sei, trifft nicht zu. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Die Nachfrage nach Salz und Dünnung ist groß, ebenfalls nach Fett. Wäre wahr, was die Fleischermeister sagen, so wären die vielen Klagen über das Fehlen von Suppenfleisch nicht da. Bei den gewiß sehr hohen Fleischpreisen findet dieses Fleisch immer genügend Abnehmer. Bei Fett ist die Nachfrage noch größer.

Warum stellen die Fleischermeister diese Behauptung auf? Um von der Behörde die Erlaubnis zur Herstellung einer Schmierwurst (Braunschweiger Mettwurst) zu bekommen. Leider sagen die ehrbaren Meister nicht, welchen Preis sie für angemessen halten. Bei der jetzigen Wurstmacherei wird das Publikum sehr übers Ohr gehauen. Hier helfen Verordnungen und Höchstpreise wenig, hier gibt es nur einen Weg, das ist die Verstaatlichung der Wurstfabrikation. Was andere Städte mit Erfolg durchgeführt haben, sollte Berlin auch können. Es liegt im Interesse der Verbraucher.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß eine andere Fleischerteilung notwendig ist, um den Betrug einzuschränken. Denselben zu beseitigen, ist nicht möglich, solange das jetzige System bestehen bleibt.

Es würde sich empfehlen, folgende Fleischerteilung für Rindfleisch einzuführen: Lende, Roastbeef, Bratenfleisch (Keule und Bug) sowie Kochfleisch. Der Verkauf von Schabefleisch ist einzustellen, der Preis für Geflügel dem billigen Fleisch gleichzustellen. Eine andere Regelung der Preise, und zwar noch unten, ist ebenfalls notwendig.

Bekanntmachung.

Berlin, den 26. August. (B. L. B.) Um den jugendlichen Personen, die aus ihrem Arbeitsverdienst auf Grund meiner Bekanntmachung vom 18. März 1916 — O. Nr. 69 514 — ein Sparguthaben erworben haben, zu ermöglichen, sich an der Zeichnung von Kriegsanleihen zu beteiligen, bestimme ich hiermit in Ergänzung jener Bekanntmachung:

I. Jugendlüche Personen, deren Sparguthaben mindestens 100 M. beträgt, sind berechtigt, bei der Sparkasse Kriegsanleihe zu zeichnen.

II. Die Sparkassen sind verpflichtet, den Zeichnungsanträgen stattzugeben.

III. Die durch die Zeichnung erworbene Kriegsanleihe tritt an die Stelle des dafür verwendeten Sparguthabens. Die zugewiesenen Stücke sind während der Dauer des Kriegszustandes von den Sparkassen zu verwahren und zu verwerten.

Der Erlös der fällig werdenden Zinsscheine ist auf das Sparguthab zu vereinnahmen.

IV. Hat ein Jugendlücher auf seine, bei verschiedenen Sparkassen bestehenden Sparguthaben — § 5 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 18. März 1916 — Kriegsanleihe gezeichnet, so ist der Gemeindevorstand berechtigt, die Ueberweisung der Stücke an eine Sparkasse zu beantragen.

Die Sparkassen sind verpflichtet, diesen Anträgen zu entsprechen, sobald die Stücke von der Reichsbank geliefert sind.

V. Bei Beendigung des Kriegszustandes hat die Sparkasse die in ihrem Gewahrsam befindlichen Stücke dem Gemeindevorstand des letzten ihr bekannten Aufenthaltsortes des Jugendlüchers zur Verfügung zu stellen.

Der Gemeindevorstand hat für die Aushändigung der Stücke an die gesetzlich Berechtigten Sorge zu tragen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
v. Kessel, Generaloberst.

Die Lebensmittelinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung gelangt am Donnerstag dieser Woche im Rathaus zur Verhandlung.

Briefsendungen nach Belgien werden von den Abendern immer noch häufig nach den deutschen Inlandszügen freigegeben und müssen infolgedessen zu Lasten der Empfänger nachgeliefert werden. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß im Briefverkehr mit Belgien die Gebührensätze des Weltpostvereinsverkehres gelten.

Zur Explosionskatastrophe in Charlottenburg. Mit der 11jährigen Margarete Wichert, die, wie gemeldet, am Sonnabend ihrer Mutter und drei Geschwistern in den Tod nachgefolgt ist, scheidet die Liste der Todesopfer endlich abgeschlossen zu sein. Obwohl auch das letzte im Krankenhaus befindlich noch befindliche Wicherische Kind, die 9jährige Erna, sehr schwer verletzt ist, so hegen die Ärzte nunmehr doch die feste Zuversicht, das Kind retten zu können. Bei den übrigen Verletzten, die sich noch im Krankenhaus befinden, ist Lebensgefahr ebenfalls nicht vorhanden. Das Befinden der schwer verunglückten Männer Trost und Schulte ist den Umständen nach leidlich, der Zustand der beiden Frauen Trost und Schön hat sich weiter erheblich gebessert. — Tiefste allgemeine Teilnahme wendet sich dem Ehemann Wichert zu, der seine Frau und vier seiner sechs Kinder — das sechste befindet sich bei Verwandten — auf so furchtbare Weise verloren hat. Als B., der im Felde stand und auf die Nachricht von der Katastrophe sofort beurlaubt wurde, am Sonnabend nachmittag hier eintraf, eilte er sofort nach dem Krankenhause Westend. Ein tragisches Schicksal sagte es, daß der Vater in dem Augenblick an das Bett seiner Tochter Margarete trat, als das Kind bereits im Sterben lag. Der bedauernde Mann, der im Felde dem Tode so oft ins Angesicht geschaut, war durch das Hinscheiden seines Kindes so erschüttert, daß er betäubt am Sterbebette zusammenbrach. Er mußte aus dem Krankensaal in die Unfallstation des Krankenhauses gebracht werden, wo es ärztlichen Bemühungen erst nach längerer Zeit gelang, ihn wieder zur Besinnung zu bringen.

Für 20 000 M. Kunstschätze wurden aus einer Kunststalt in der Barnimstraße gestohlen. Es handelt sich um Beleuchtungskörper und Radelaber, Stücke von 40—60 Kilogramm, die zusammen rund 500 Kilogramm wiegen. Die Kunststalt hatte sie auf Bestellung hergestellt und vorläufig auf Lager gelegt. Bei einer Bestandsaufnahme ergab sich jetzt, daß sie gestohlen worden sind, wahrscheinlich nicht auf einmal, sondern durch fortgesetzte Einbrüche. Zugang zu dem Lager verschafften sich die Eindreher entweder durch den Fahrstuhlschacht oder durch die Laternenröhren von anderen Woderräumen her. Das Schloß des Lagerraumes erbrachen sie mit Gewalt. Auf die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes legt die Kunsthandlung eine hohe Belohnung aus.

Schuhrahmen und Fangvorrichtung.

Als in Berlin die Straßenbahnwagen mit Schuhrahmen ausgerüstet wurden, galt das als eine wichtige Neuerung. Man hoffte, durch den die Räber bedeckenden Rahmen bei Unfällen die schweren Verletzungen von Personen verringern zu können. Später kam ein

weiterer Fortschritt, die unter der Plattform angebrachte Fangvorrichtung, die sich als ein sehr viel zuverlässigeres Schutzmittel erwies. So manchen, der von einem Straßenbahnwagen umgestoßen und überfahren wurde, verlegte gerade der Schuhrahmen, indem er ihn unter sich festklemmte. Daß die Fangvorrichtung bei solchen Unfällen ähnlich großen Schaden angerichtet hätte, ist uns bisher nicht bekannt geworden. Einmal sahen wir mit an, wie eine Frau, die im Fallen von der Fangvorrichtung aufgenommen worden war, völlig unversehrt aus ihr hervorkroch. Nicht so einfach vermochte ein Mann sich zu befreien, der am Sonntag in der Potsdamer Straße, nahe dem Potsdamer Platz, von einem Straßenbahnwagen umgestoßen wurde und in die Fangvorrichtung fiel. Erst als man den Wagen mit Winden emporgehoben hatte, konnte man den Verunglückten herausholen. Die Schwierigkeit ergab sich aber nicht aus der Beschaffenheit der Fangvorrichtung, sondern aus derjenigen des Verunglückten, der — zu dick war. Bei dem Sturz hatte er einen Beinbruch und innere Verletzungen erlitten, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. — Sehr viel schlimmer war ein Straßenbahnunfall, der sich am Sonnabend in der Zimmerstraße, gegenüber der Stadtbibliothek ereignete. Dort geriet ein siebenjähriger Knabe unter einen Straßenbahnwagen, dem eine Fangvorrichtung fehlte. Der Schuhrahmen glitt über den Körper hinweg und blieb auf dem Halbe stehen. In dieser entgleisenden Lage mußte man das betäubte Kind liegen lassen, bis die herbeigerufene Feuerwehr anrückte. Sie hob ohne Anwendung besonderer Hilfsmittel in bewundernswürdiger Schnelligkeit den vorderen Teil des zweilagigen Straßenbahnwagens hoch und holte den anscheinend leblosen Knaben hervor. Er wurde in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft, starb aber infolge der erlittenen furchtbaren Verletzungen bald nach seiner Einlieferung. Wir dürfen annehmen, daß eine Fangvorrichtung, wenn der Wagen eine solche gehabt hätte, den Verunglückten vor schweren Verletzungen bewahrt hätte. Es ist bedauerlich, daß man im Berliner Verkehr leider noch immer auch Straßenbahnwagen sehen muß, die noch nicht mit Fangvorrichtung ausgerüstet sind.

Der gesuchte Bohnenschwinder, der in Berlin unter dem Namen Dr. Krenser viele Leute um erhebliche Beträge brandschatzte, ist aller Wahrscheinlichkeit nach in Stuttgart festgenommen worden als ein Kaufmann Schmidt.

Berlora hat eine Frau am 24. August in Neudöln vor der 35. Gemeindevorstand und Protokommission in der Richardstraße ihre drei Tochterkinder, die später ein Mann abgeben wollte, damit aber zur Polizei geschickt worden ist. In der Annahme, daß der Knabe seine Zeit gehabt hat, die Karten abzugeben, wird um Abgabe an G. Wendt, Neudöln, Saalestr. 83 gebeten.

Aus den Gemeinden.

Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:
In Nummer 235 des „Vorwärts“ vom 27. August bringen Sie in der 2. Beilage unter der Ueberschrift „Wahlvereinsversammlung in Köpenick“ einen Versammlungsbericht. Dieser Bericht enthält eine Reihe von unrichtigen Tatsachen, an deren Richtigstellung ich als Mitglied des Vorstandes des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Köpenick ein lebhaftes Interesse habe. Auf Grund des § 11 des Brechtgesetzes erlaube ich Sie daher, in der nächsten, noch nicht abgeschlossenen Nummer des „Vorwärts“ an derselben Stelle und in derselben Schrift folgende Berichtigung zu bringen:

1. Es ist un wahr, daß die Versammlung, über die der Bericht handelt, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins war. Richtig ist, daß es sich um eine Versammlung handelt, die von einigen aus dem sozialdemokratischen Wahlverein ausgeschiedenen Personen einberufen war.

2. Es ist un wahr, daß der neue Kreisvorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow von Groß-Berlin anerkannt ist. Richtig ist, daß der Bezirksverband oder der Zentralvorstand oder die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin statutarisch kein Recht hat, den Vorstand einer Kreisorganisation anzugerkennen oder nicht anzugerkennen, und daß die Zentralvorstandsmitglieder Hoffmann, Weise und Leid selbst erklärt haben, daß Groß-Berlin den neuen Kreisvorstand nicht anerkennt und zu einer solchen Anerkennung auch kein Recht habe.

3. Es ist un wahr, daß die Delegation des Wahlvereins Köpenick zu dem am 6. August stattgefundenen Kreisgeneralversammlung zu Unrecht erfolgt ist und daß ein Beschluß, diese zu beschiden, nicht vorgelegen habe. Richtig ist, daß die ordnungsmäßig einberufene Wahlvereinsversammlung am 31. Juli 1916 mit über 100 gegen 2 Stimmen beschlossen hat, die Kreisgeneralversammlung am 6. August zu beschiden. Richtig ist ferner, daß an dieser Versammlung auch die Einberufer der Versammlung vom 24. August teilgenommen haben.

4. Un wahr ist, daß der Vorstand des Wahlvereins Köpenick sein Amt dazu mißbraucht hat, um die Parteigenossen im Sinne der Politik des 4. August zu beeinflussen, indem er die Tätigkeit der Opposition einseitig und un wahr darstellte und durch die Art der Geschäftsführung die Opposition hinderte, die Vorgänge in der Partei klarzustellen. Richtig ist, daß die Vorstandsmittelglieder nur wie alle anderen Parteimitglieder ihre Ansichten in den Versammlungen vertreten haben. Richtig ist ferner, daß der Vorstand zu allen seinen Handlungen durch Beschluß der Mitgliederversammlung beauftragt worden ist, und richtig endlich, daß die Anhänger der Opposition in den zwei Jahren seit Kriegsbeginn niemals in der Vertretung ihrer Ansichten irgendwie beschränkt worden sind.

5. Un wahr ist, daß der Ortsvorstand sich beharrlich weigert, sich der Kreisorganisation anzuschließen und die Beiträge der Mitglieder dem Kreise zuzuführen, und daß dadurch die Parteigenossen am Ort ihrer Vertretung in der Kreis- und Bezirksorganisation beraubt sind. Richtig ist, daß der Wahlverein Köpenick nach wie vor dem sozialdemokratischen Wahlverein für Teltow-Beeskow angeschlossen ist, dorthin seine Beiträge zahlt und in den Organen der Kreisorganisation vertreten ist. Richtig ist ferner, daß die Köpenicker Parteigenossen ihrer Vertretung in der Bezirksorganisation dadurch beraubt sind, daß der Zentralvorstand von Groß-Berlin unter Mißachtung der statutarischen Bestimmungen den Vertretern der allein zu Recht bestehenden Kreisorganisation den Zutritt zu den Bezirkskörpern verweigert hat und an ihrer Stelle die Vertreter einer nicht im Rahmen der Gesamtpartei stehenden Sonderorganisation zuzieht.

Wohlschlagend

Kreisrat

Köpenick, Wahlvorstand

Wir haben uns zur Aufnahme der Zuschrift entschlossen, obwohl sie den Anforderungen des § 11 Pr.-G. nicht entspricht. Dieser Paragraph gestattet nur Anführung von Tatsachen, nicht aber Abgabe von subjektiven Urteilen, wie sie der Einberufer an verschiedenen Stellen fällt.

Aus der Gemeindevertretung Reinickendorf.

In welcher umfangreicher Weise die aus den Kriegsmahnahmen den Gemeinden entstehenden Verpflichtungen diese belasten, erhellt zum Teil ein Bericht über die Kriegsfürsorgefähigkeit der Gemeinde Reinickendorf. Danach sind an Kriegsunterstützungen seit Kriegsbeginn bis 1. April 1916 gezahlt worden: Familienunterstützungen nach Maßgabe des Gesetzes vom 28. Februar 1888 / 4. August 1914 2 480 858,50 M., Waisenunterstützungen 622 798,84 M., Sonderunterstützungen 41 000 M., Arbeitslosen-

unterstützungen 23 244,46 M., also insgesamt 3 167 896,80 M. Am interessantesten aber ist der Teil des Berichtes, der von den Maßnahmen zur Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln berichtet. Er lautet an wie der Jahresabschluss eines umfangreicheren Lebensmittelgeschäftes. Waren im Gesamtbetrage von 5 101 940,78 M. wurden in der Berichtszeit (1. Februar 1916 bis 15. Juni 1916) von der Gemeinde angekauft und an die Einwohner abgegeben. Hierfür entfielen auf Futtermittel (84 996 Zentner) 581 805,28 M. An Lebensmitteln wurden von der Gemeinde umgekauft: Mehl 80 871 Doppelzentner im Betrage von 8 124 104,72 M., ferner Fleisch (Fleischwaren, Wurst, Speck) usw. 170 222 Kilogramm im Werte von 565 148 M., Fette (Schmalz, Butter, Margarine, Speiseöl) 94 726 Kilogramm im Werte von 884 154 M., Hülsenfrüchte 88 788 Kilogramm (86 630 M.), Gemüse 17 655 Kilogramm (26 109 M.), Teigwaren 1842 Kilogramm (2611 M.), Fische für 71 885 M., 19 774 Schaf Eier (166 201 M.), Käse 1072 Kilogramm (8816 M.), Marmelade 11 137 Kilogramm (10 059 M.), Zucker 800 Kilogramm (481 M.), Kaffee und Kakao 25 780 Kilogramm (84 792 M.), Reis und Graupen 27 827 Kilogramm (24 212 M.), Obst 15 000 Kilogramm (83 645 M.) und schließlich 20 000 Kilogramm Schmirerleise im Werte von 26 400 M. Ueber den Umfang des Kartoffelumsatzes bringt der Bericht keine Zahlen, ebensowenig über den Verkauf von frischem Fleisch und von der Gemeinde hergestellten Wurst. Der Verkauf der Waren erfolgte zum Teil in den 13 Lebensmittel- und Fleischverkaufsgeschäften der Gemeinde, ein kleiner Teil durch die Händler am Orte.

Der Bericht des Gemeindevorstandes schließt mit der Mitteilung, daß der Gemeinde aus dem Lebensmittelanlauf entstandene Schäden inklusive aller Unkosten 22 267,21 M. betrage. Doch werde dieser Verlust durch den Verkauf der noch vorhandenen Bestände sich möglicherweise noch verringern. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß das in noch erheblicherem Maße zutrifft, wenn erst über das Mehl- und Futtermittelgeschäft abgerechnet werden kann.

Erhöhte Kokspreise in Charlottenburg. Die städtische Deputation für die Gaswerke in Charlottenburg gibt bekannt, daß der Kokspreis für den Kleinverkauf vom 1. September d. J. ab von 1,50 M. auf 1,65 M. für einen Hektoliter erhöht wird.

Kinderveranstaltungen.

Neudöln. Mittwoch, den 30. d. Mts.: Spiele auf dem Platz der Freien Turnerschaft. Abmarsch 1/3 Uhr Kaiser-Friedrich-Edelmannstraße.

Sonnabend, den 2. September: Spielausflug nach der Königsheide. Treffpunkt 1 Uhr auf dem Richardplatz.

Sonntag, den 3. September: Spiele im Blüthenwald. Abmarsch um 2 Uhr nur vom Wildenbruchplatz (Eisensteig). Am Sonnabend und Sonntag sind 10 Pf. für Kaffee mitzubringen.

Mariendorf. Die Kinderspiele finden von jetzt ab Dienstags, bei schlechtem Wetter um 1/3 Uhr im Jugendheim statt. Treffpunkt bei gutem Wetter um 1/3 Uhr am Rathaus.

Soziales.

Trinkgelder und Abgaben der Zahlkellner.

In dem Prozeß, über den wir mehrmals — zuletzt am 15. d. M. — berichtet haben, hat die Kammer 6 des Gewerbegerichts am Montag entschieden, daß es nicht den guten Sitten widerspricht, wenn die Firma eine gewisse Abgabe von den Einnahmen des Zahlkellners erhebt, sofern sich die Abgabe in angemessenen Grenzen bewegt. Damit ist diese Rechtsfrage, die seit längerer Zeit das Gewerbegericht beschäftigt, in erster Instanz entschieden, doch ist die Anrufung des Landgerichts möglich, ja wahrscheinlich, da es sich um berufungsfähige Klagesummen handelt.

Der Streitgegenstand war folgender: Die Zahlkellner im Café Wauer hatten von den Beträgen, die sie von den Gästen einlieferten, 5 Proz. an die Firma abzugeben und außerdem jedem ihrer Zutritter täglich 8 M. zu zahlen. Mehrere Zahlkellner, die früher im Café Wauer tätig waren, forderten durch die Klage die Beträge zurück, die sie während der Dauer ihrer Beschäftigung an die Firma abgegeben hatten. Die Forderung sei gerechtfertigt, denn der Betrag, der sie zu diesen Abgaben verpflichtete, verstoße gegen die guten Sitten. Um feststellen zu können, ob ein solcher Verstoß vorliege, hatte das Gewerbegericht beauftragt, Beweis darüber zu erheben, wie hoch das Einkommen der Kellner in dem Café Wauer gleichstehenden Lokalen ist und wie weit es von Einnahmen der Kläger abweicht. Der Beweis fand am Montag durch Verlesung von Gutachten und Vernehmung von Zeugen statt.

Ein Gutachten des Gastwirtsgehilfenverbandes sagt, das Einkommen eines Berliner Cafékellners sei nach dem Charakter des Betriebes und der Gäste sehr verschieden und lasse sich deshalb in bestimmter Summe nicht angeben. In den Cafés Waterland, Restapalast, Jost, Victoria und Adinger Konditorei werde den Cafékellnern ein Monatslohn von 20 bis 50 M. monatlich gezahlt. Es gebe aber Cafés und Konditoreien, wo die Kellner weder Lohn noch Kost erhalten, sondern lediglich auf Trinkgelder angewiesen seien. So in den Konditoreien von Teltow und von Dobrin. In Friedenszeiten hätten sich die Trinkgeldeinnahmen im allgemeinen auf 10 bis 12 Proz. des Umsatzes belaufen. Während des Krieges habe sich dies Verhältnis sehr zu ungunsten der Kellner verschoben. Das Trinkgeldeinkommen betrage jetzt höchstens 8 Proz. des Umsatzes. Dieser Maßstab sei eine Folge der in allen Kaffeehäusern erfolgten Preissteigerungen. Das Publikum zahle die erhöhten Preise unwillig und beschneide deshalb die Trinkgelder. Beförderung werde den Kaffeehäusern nicht gewährt.

Ein Gutachten der Organisation der Kaffeehausbesitzer gibt das Monatsgehalt der Kellner auf 15—25 M. und die Trinkgeldeinnahme auf 10 Proz. des Umsatzes an.

Beachtlich, nicht wesentlich voneinander abweichende Angaben lagen von einzelnen Kaffeehausbesitzern vor und wurden auch von mehreren Zeugen — Kellnern und Geschäftsführern — gemacht. Im allgemeinen stimmten alle Angaben darin überein, daß das Nettoeinkommen eines Cafékellners in Friedenszeiten durchschnittlich 10 bis 12 M. täglich betragen habe, während des Krieges aber auf etwa 8 M. gesunken sei. Die Zutritter belämen außer den Beiträgen, die sie vom Zahlkellner erhielten, vom Geschäft monatlich 50—90 M. Lohn.

Gestützt auf diese Angaben, stellte sich das Gericht auf den eingangs erwähnten grundsätzlichen Standpunkt und wies die Kläger mit dem größten Teil ihrer Forderungen ab. So wurden dem ersten Kläger, der 1023 M. zurückgefordert hatte, nur 84 M. zugesprochen und ihm neun Hektoliter der Kosten auferlegt. — In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz: Die Frage, ob es ein Verstoß gegen die guten Sitten ist, wenn einem Zahlkellner durch das Geschäft eine Abgabe von seinen Trinkgeldern auferlegt wird, hat das Gericht einstimmig verneint. Der Zahlkellner nimmt zwar die Trinkgelder ein, das Publikum hat sie aber nicht für ihn allein bestimmt, sondern auch für diejenigen, welche die Bedienung der Gäste besorgen. Die Zutritter, die vom Zahlkellner 8 M. erhalten, werden im übrigen durch das Geschäft entlohnt. Es ist rechtlich nicht zu beanstanden, wenn dem Zahlkellner eine gewisse Abgabe auferlegt wird. Es kann sich nur darum handeln, ob sie ungebührlich hoch ist. Das scheint nach Lage der Sache der Fall zu sein. Nach den vorliegenden Angaben verdient ein Kellner in den Cafés, wo das Zahlkellnersystem nicht besteht, mindestens 8 M. täglich. Da der Zahlkellner eine größere Verantwortlichkeit hat als ein Revierkellner, so ist ihm ein etwas höherer Satz zuzubilligen. Das Gericht kommt, indem es den Monat voll

rechnet, ohne Abzug der freien Tage, zu einem für den Zahlkneher angemessenen Verdienst von 240 M. monatlich. Da der Kläger durchschnittlich nur 218 M. verdient hat, so ist ihm die Differenz von 24 M. für jeden Monat seiner Arbeitsdauer zu zahlen.

Gerichtszeitung.

Milchpantfäherci.

Maffinierte Milchpantfäherci wurden dem Milchgroßhändler Hermann Dölgner vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Last gelegt. Der Angeklagte fuhr immer des Nachts auf den Lehrter Güterbahnhof, um dort die für ihn eingetroffene Milch abzuholen. Wenn er dann die Fässer auf seinen Wagen verladen hatte und fortgefahren war, so machte er stets in der nahegelegenen Heidestraße erst einmal Halt, um hier die Milch in feiner Weise zu „streden“. Zu diesem Zwecke stellte er ein Gemisch her, das zu 90 Proz. aus klarem Wasser und nur zu 10 Proz. aus Milch bestand. Daß er nicht nur ganz klares Wasser in die dafür bereitgehaltenen Kanne goß, war von ihm wohl berechnet und gerade das Raffinierte bei seinem Verfahren. Er bezweckte damit nämlich, daß etwa vorübergehende Leute nicht von seiner Pantfäherci bemerken, wenn er das Gebräu, das durch die zugelegte Milch weiß verfärbt aussah, in die geöffneten Fässer gab. Schließlich wurden seine unfaulenden Wänder Beamten der Charlottenburger Marktpolizei, die gerade Ermittlungen auf dem Lehrter Güterbahnhof hatten, „verpiffen“. Sie beobachteten ihn darauf und es gelang ihnen dann, ihn beim Mischen abzufassen. Vor Gericht kam er mit der sonderbaren Ausrede, er habe die Fässer nur „reinigen“ wollen. Es hatte jedoch keinen Zweifel an seiner Schuld und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe.

Verfütterung von Brotgetreide.

Eine schwerreiche Gutsbesitzerin im Landkreis Necklinghausen hatte ständig täglich dreimal 25 Pfund vollwertigen Roggen an die Schweine verfüttern lassen. Das Schöffengericht Necklinghausen hatte sie deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt. Die Angeklagte und die Staatsanwaltschaft legten Berufung ein. In der Verhandlung, die jetzt vor der Strafkammer stattfand, behauptete die Angeklagte, Futtermangel habe vorgelegen, und ließ sich von einer Zeugin attestieren, daß sie für die Zwecke des Roten Kreuzes stets eine offene Hand gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte, angesichts der „gewissenlosen Handlungsweise“ über das Strafmaß des Schöffengerichts hinauszugehen und auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu erkennen. Das Urteil lautete nur auf 1500 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde anerkannt, daß die Angeklagte in einer selten unverfrorenen und gewissenlosen Weise gehandelt habe, aber als strafmildernd die milde Hand für das Rote Kreuz angeführt.

Würden die Gerichte allgemein die Mißbilligung für das Rote Kreuz als strafmildernd für strafbaren Eigennutz erachten, so könnten leicht Leute, die in ähnlicher, unverfrorener und gewissenloser Weise handeln, wie jene Gutsbesitzerin, Quittungen für das Rote Kreuz als Ablatzgettel für Begehung strafbarer Handlungen betrachten.

Aus aller Welt.

Der Potsdamer auf Freiersfüßen.

Der männermordende Weltkrieg führt, je länger er dauert, auch ein größeres Ueberwiegen der Zahl der Frauen herbei, während die Zahl der Männer, besonders der im jüngeren Alter, stark zusammensinkt. Dadurch sinken auch die Heiratsaussichten für das weibliche Geschlecht, und schon beginnen die älteren Semester unter den Männern, soweit sie noch unbeweiht sind, von heiratslustigen Mädchen und Frauen umschwärmt zu werden. Diese günstige Konjunktur hat anscheinend auch einen älteren Herrn aus Potsdam auf den Liebespfad getrieben; doch schätzte er seine wertere Person so hoch ein, daß sie neben einer Lebensgefährtin auch noch auf einen möglichst großen Vermögenszuwachs Anspruch erheben könnte. Um dieses Ziel schnell und sicher zu erreichen, bediente sich der Herr des nicht mehr ungewöhnlichen Weges, andere Personen für seine Heiratsabsichten zu interessieren und sie um ihre Vermittlung bei der Suche nach einer reichen Frau zu ersuchen. Natürlich gegen Provision. Ein Herr in Thüringen, der sein Gut zu verkaufen wünschte, erhielt von dem liebe- und geldbedürftigen Herrn aus Potsdam den nachstehenden Brief:

Sehr geehrter Herr!

Der heute ein Gut verkaufen will, muß auch andere Mittel in Benutzung ziehen.

Gestatten Sie folgendes: Ein Junges, will mich verheiraten. Hier in P. keine Gelegenheit, zu arme Stadt, und in Berlin keine Beziehung zu Geldkreisen.

Sie selbst, wie Ihr Bekannter, Freundes- u. Kreis, wie auch dieser Kreise, auch aller Art geschäftlicher Kreise, wissen Parteien.

Von Herzen dankbar bin ich Ihnen für Ihre Bemühungen! Ein Kapital kommt außerdem für Sie dabei heraus, zu zeltlicher Verwendung eventuell. Auch wenn die Dame nicht aus Land will, also ohne Gutskauf, mir genau ebenso lieb.

Jeder Dame kann man sagen, schreiben, warum sie denn ihr Leben so allein verbringe, sie könne doch gut jemand glücklich machen, Sie wählten einen soliden Herrn, bester Herkunft, abzugeben sich gern verheiraten möchte. Jede Dame ist Ihnen dankbar für solchen Vorschlag unter der Hand! Und man kommt an alle Damen heran unter irgendeinem Vorwande, Hausangelegenheiten, auch ob sie Hypotheken braucht usw.

Aus beil. „Merktblatt“ Näheres, und bitte um Anwendung der Sätze im Wortlaut, weil am förderndsten.

Bei der Reisezeit jetzt kommen auch viele Damen über und nach Berlin, so erbitte eifrigste Bemühung! Umstände haben Sie mit der Angelegenheit weiter nicht. Sie bringen mich nur in Verbindung mit der Dame, also dadurch, daß Sie mit ihr gesprochen, ihr geschrieben haben. Ich schreibe dann an die Dame, und alles entwickelt sich dann von selbst.

Von Herzen bin ich Ihnen dankbar! Sie sind ein Freund meines Hauses! In vorzüglicher Hochachtung

Diesen Brief, der von einem sonst alten Junggesellen gewöhnlich anhaftenden Schüchternheit keine Spur zeigt, begleitete das folgende

Merktblatt.

Entstamme einer Offiziersfamilie, mein Vater, wie die drei nächsten Vorfäter, halfen als aktive Offiziere Preußen und das Reich schmücken. Alle Frauen gehören zum alten Adel. Sämtliche Verwandte sind aktive Offiziere oder Landwirte. Evangelisch. Junges, 47 Jahre alt, damit größerer Damentreis entsteht, je nach Fall bis 50 Jahre und darüber, Sie können sich ja geirrt haben. Landwirt, auf Wunsch übernehme Gut. Lebe als Privatmann. Auf Wunsch Beteiligung an industriellen oder kommerziellen Unternehmen, auch Hausübernahmen in Berlin, Vororten, anderswo empfiehlt sich. Wohlstand des alten preussischen Adels. Vorurteilslos. Eltern tot. Interesse für Kunst und Wissenschaft, allen Sport, Naturfreund. Damen aller Art und Orten kommen für meine Heirat in Betracht, Alter bis 45 Jahre, in pekuniär besonders günstigen Fällen Alter bis 50 Jahre und darüber. Bez. Verkehr ganz nach Wunsch der Dame, mehr zurückgezogen oder gesellschaftlich, ev. ein Haus machen. Wohnort überall. Gehalt Vermögen, Anfangshöhe 125 000 M., auch sicheres Einkommen, Anfangshöhe 8000 M., geht eventuell. Bei Umschau stößt man auf alle Stufen Vermögen, das größte wird in Angriff genommen. Der Adel bedeutet nicht nur die Herkunft, sondern ist auch Titel zugleich. Ich gebe der Dame eine Stellung und Rang im Leben, bin ein Mann von Rang und Geburt. Den Damen muß gesagt werden, daß sie ihre bisherigen, übertriebenen Ansprüche nicht länger aufrechterhalten können, jetzt und in Zukunft nicht. Die Damen sind wie bisher alle da, vermehrt durch die Kriegswitwen. Die Herren fort im Felde, nur ein Teil kehrt zurück, Rest verwundet, krank, überhaupt nicht mehr heiratsfähig. Ferner muß stark betont, empfohlen werden ein Junges, sein Vorteil, Vorzug gegenüber einem Witwer. Dieser heiratet meist nur im Interesse seiner Kinder, um ihnen Gelder zuzuwenden, zu hinterlassen; ja oft noch, um eigene Schulden zu bezahlen. Auch geht man als Junges mit ganz anderem Seelenleben in die Ehe als ein Witwer. Die Dame muß herausfühlen, daß Sie ihr Bestes wollen, dann haben Sie sie auch gewonnen. Als Nachweis der Unbescholtenheit: 1914 hier zum Schöpfen (Ehrenamt) berufen. Das Amtsgericht zieht genaue Erkundigungen, Auskünfte ein, da ein Bescholtenen usw. lt. Gesetz nicht berufen werden kann. Meine Tätigkeit hierbei: der Amtsrichter und ich fällen das Urteil. Meinen Namen, Wohnort zu nennen, stimme ich nicht zu.

Hoch ist unser Ehebandidat, das kann keiner bestreiten; man merkt, daß er aus einer Offiziersfamilie stammt, denn er geht ran wie Blücher und nimmt es mit jeder auf, ob sie 20 oder 50 Jahre und darüber ist. Aber 125 Talle ist das mindeste, was sie mitbringen muß. Es ist ihm dann auch ganz egal, ob er das Geld dann als Landwirt, Fabrikbesitzer oder Terrainspekulant verjagt. Die Damen müssen aber ihre übertriebenen Ansprüche aufgeben, denn sonst langt das Geld nicht für die „bescheidenen“ Ansprüche des neuen Herrn Gemahl. Dessen Seelenleben ist auch schon etwas wert; er trachtet nicht wie ein Witwer mit dem Geld der Frau seine

Schulden zu bezahlen, sondern fühlt sich als Tröster der Witwen, deren Männer draußen blieben. Und damit auch keiner an seiner Ehrenhaftigkeit zweifeln, führt er noch an, daß er zum Schöpfen gewählt sei, der — man höre — mit dem Amtsrichter zusammen das Urteil fällt. Das ist allein schon interessant genug, um ihn begehrenswert zu machen.

Doch wir wollen gestehen, daß uns so viel — na, sagen wir mal Raibidi! selten vorgekommen ist, wie in diesen vorstehenden Schriftstücken zum Ausdruck kommt. Der Mann hat wohl einen adeligen Namen, aber von adeliger Bestimmung vermögen wir bei ihm nichts zu entdecken.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Ober- und Niederschöneweide. Anfolge der Differenzen in der hiesigen Jugendbewegung führt laut Beschluß der außerordentlichen Abkommensversammlung vom 22. d. M. der Aktionsausschuß die Geschäfte bis auf weiteres fort. In allen Angelegenheiten werde man sich an den Genossen Felix Müller, Niederschöneweide, Seebahnstr. 1. Der Unterhaltungsabend kann leider erst morgen Mittwoch, den 30. August, stattfinden, und zwar bei Frau, Heidenstraße. Freitag, den 1. September, außerordentliche Versammlung. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8. IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Kuchstube und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Beifolgende Antwort wird nicht erteilt. Antworten, denen keine Abkommensbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trags man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. J. 50. Wenden Sie sich an Herrn Dagebode, Inspektor der hiesigen Fortbildungsschule, Berlin W 67, Eikhofstr. 13. — Wissen 104. In beiden Fällen wenden Sie sich an den Metzlarbeiterverband, Altmühlstr. 83-85. — Auch 101. London mit seinen Vorstädten. — R. G. 100. Erfahren Sie beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion der Kassiere, Einzelstr. 14/15. — G. S. 21. Am Berliner Adreßbuch, 2. Band, Teil IV, Seite 155, finden Sie Adressen solcher Institute. Verbindungen sind uns nicht bekannt. Diese erfahren Sie dort. — Problem 13. In jedem Jahrbuchgeschäft wird Ihnen darüber Auskunft erteilt. Nähere Bestimmungen darüber sind uns nicht zugegangen. — S. J. 29. 1. Gedächtnis: Hermann Heide, Vogelstr. 12. 2. Dinar Schläger, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 70. — R. G. 579. Reim. — Schw. 27. Nicht Sie können den Antrag stellen, sondern die Mutter muß das tun, und zwar muß der Antrag unter Angabe der Sparkasse und der Nummer des Sparkassenbuches an das Vormundschaftsgericht in Berlin, Landberger Str. 43/47, gerichtet werden. — W. S. 34. Es wäre Ihnen zu empfehlen, sich mit Ihrer Angelegenheit an einen Rechtsanwalt zu wenden. — M. G. 99. Wenn Sie nicht in der Lage sind Briefe zu schreiben, wird dem Hauswirt nichts weiter übrig bleiben. — M. R. 32. 1. Reim. 2. Die staatliche Unterstützung muß Ihnen auch an dem neuen Wohnort gezahlt werden. Dagegen wird Ihnen die kommunale Unterstützung und der Viehschutz entzogen. — G. S. 1. Wenn Sie nicht in militärischen Diensten stehen, brauchen Sie das der Militärbehörde nicht zu melden. 2. Ein solcher Befehl kann Ihnen doch nur gegeben werden, wenn Sie zum Wehrdienst eingezogen sind. In diesem Falle müßten Sie dem Befehl Folge leisten. — W. S. 3. Schmargendorf. Reim. — M. S. 10. Sie dürfen weder den Brief in englischer Sprache abfassen, noch wird er in der von Ihnen gewünschten Weise befördert. Der Brief könnte doch in deutscher Sprache und lateinischer Schrift abgefaßt direkt an den Besorgenen als Kriegsgefangenenanmeldung geschickt werden. — G. 96. Herzfehler, landwirtschaftlich. — R. P. 16. Das Urteil, das ihm mütterlicherseits zuteil wurde, überläßt auch die Erbanscheinung in den Nachlass des verstorbenen Ehemannes zwischen Ihnen und den Kindern jetzt stehend. — W. S. 29. Da Ihr Ehemann zum 1. Oktober getötet ist, müssen Sie sich sehen. Haben Sie mit dem Hauswirt allein den Vertrag geschlossen, so wird er jedenfalls monatliche Räumung vereinbart haben und der Hauswirt kann spätestens am 15. September zum 1. Oktober kündigen. — G. S. 1. und G. S. 10. Sie brauchen sich nicht zu stellen, für Berlin ist noch kein Kufus erlassen. — N. M. 77. 1. Für Berlin ist noch kein Kufus erlassen. 2. Da diese Kufusunterlagen würden sich zur Kodifizierung stellen müssen. — Ludowika. Wenn die Postkarte länger als 6 Monate beträgt, kommt die Unterfertigung in Frage. — S. S. Falkenberg. 1. Solange die Aufstellung der Lebensurkunde nicht erfolgt ist, brauchen Sie davon keine Mitteilung zu machen, da der Sohn als vermittelt gilt. 2. Ja. 3. Anspruch auf Erbschaft können Sie nur erheben, wenn der Sohn als gefangen oder vermittelt gilt. 4. Kriegserbschaften kann nur für Gefallene beantragt werden. — W. S. 16. Sie müssen sich melden. — G. S. 33. Der Hund ist feuergefährlich. Sie müssen ihn anmelden. — S. S. 54. Da Sie, wie aus Ihrem Schreiben anzunehmen ist, nicht zum Wehrdienst eingezogen sind, hat Ihre Frau keinen Anspruch. — M. S. 5. Diese Operation kann, wenn der Befehl dazu erteilt wird, nicht verweigert werden. — G. S. 39. Sie brauchen sich nicht zu stellen. — S. 78. Landwirtlich; Unterleibschmerz. — R. S. 35. Da Ihr Großvater in Berlin ein Kufus noch nicht erlassen ist, brauchen Sie sich nicht zu melden. — G. S. 109. Ihrer Frau kann in diesem Falle die Erbschaft des Viehschuldes verweigert werden. — W. S. 31. 1. Sie brauchen sich nicht zu melden. 2. Es kann Ihnen eine persönliche Order zugestellt werden. 3. Das Verfallensamt für den Kreis Niederbarnim befindet sich in Berlin, Friedrich-Str. 11/12. 4. Es empfiehlt sich, die Papiere zur Aufstellung mitzunehmen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise aufklarende, aber noch sehr unbeständig, im Südringebiete dieses Raums, im Binnenlande etwas geringere Regenfälle; langsame weitere Abkühlung.

Deutscher Transporitarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Friedrich Negd
am Donnerstag, den 24. d. Mts., im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, vor der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Heidestraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.
Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
August Below
am Montag, den 21. d. Mts., im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Zum Sterbetage
meines lieben unergelichen Sohnes und Bruders, des Grendlers
Hermann Decker
gestorben im 23. Lebensjahre an den Folgen eines Kopfschusses am 29. August 1915 in einem deutschen Feldlazarett.
In schmerzlicher Erinnerung
Ew. Pauline Decker als Mutter,
Freida Decker als Schwester,
Karl Kubahn als Schwager, zur Zeit im Lazarett,
nebst allen Verwandten.
Du gingst von uns mit mut'gem Herzen
Und hofftest auf ein Wiedersehen.
Doch um so größer sind die Schmerzen,
Da es nun nie mehr kann geschehen.
Dein treues Auge ist geschlossen —
Dein Mund bleibt stumm für alle Zeit.
So ruhe sanft, Du edles Herz,
Du hast den Frieden — wir den Schmerz.

Verband d. Brauerer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsge nossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauer
Ernst Liebig
(Deutsche Bierbrauerei Bismarckstr.)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. August 1915, nachmittags 3 1/2 Uhr, am dem Städtischen Friedhof in Friedrichsstraße 49/1.
Um zahlreiche Beteiligung wird erlucht. Die Ortsverwaltung.
Am 19. August starb mein lieber Mann
Paul Schwabe
im 48. Lebensjahre zu Danzig an den Folgen einer Lungenerkrankung.
Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Gattin
Frau Schwabe.
Für die liebevolle Teilnahme und Kranzpenden der Firma C. Dammrich u. Co. und der Kollegen vom Brauererverband sage meinen tiefgefühltesten Dank.
Arbeiter Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 14. August durch Kopfschuss unser ältester hoffnungsvoller Sohn und lieber Bruder, der Kunstler
Reinhold Hagen
Ref.-Anz.-Reg. 207, 7. Komp., im 21. Lebensjahre.
Die trauernden Eltern und Geschwister,
Karl Hagen, Alsterstraße 80.
Den Frieden, der so viel begehrt, hast Du, lieber Sohn, gefunden.
In unsere Herzen ist Wehmut eingeleitet 1478
Und unheilbare Wunden.
Ruhe sanft in fremder Erde.
Bruchleidende
Eine Erlösung für jedes ist unser gel. gesch.
Spranzband
Konkurrenzlos dastehend.
Ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen. Verlangen Sie gratis Prospekt. Die Erlösung Gebr. Spranz, Unterkochen No. 256 (Württemberg).
Von der Reise zurück. 170/8
Dr. A. Freudenberg.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 36-37
Große Auswahl in schwarzer Konfektion.
Auf Wunsch Mahnfertigung in 8 Stunden.
Kundentagen sofort u. gratis.
Auswahlreihen bereitwilligst.
Fernstr. N. Norden 8540.
Bücher und Zeitchriften
Jeder wird liefert die Buchhandl.
Sonnenschein-Bestellungen sowie die beste Filialbestellung werden die Seltensheiten bereitwilligst.

Die Zarengeweissel
Sturmschreie aus hundert Jahren u. Herausgegeben von Dr. Franz Diederich
In festem Umschlag geheftet
50 Pfennig
Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarenismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeweissel ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges ist es hervorgegangen.
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Vorwärts
SW, Lindenstr. 3

Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Uebertragung unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels
Max Danker
sagen wir allen Beteiligten unseren besten Dank.
Albert Dorn und Franz geb. Danker,
Edmund Danker und Familie.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser Vater, der Gutmacher
Franz Pritzkow
am 25. August verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in Städtischer Reformations-Gemeinde statt.
Witwe Pritzkow
nebst Angehörigen.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie aller Art.
Bruchbandagen
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützcorsets usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Zigaretten
direkt ab Fabrik (Balku)
1.8 Pf. pro 100 Stück M. 1.25.
3 Pf. pro 100 Stück M. 1.25-2.20.
4.2 Pf. pro 100 Stück M. 2.75-2.90.
6.2 Pf. pro 100 Stück M. 4.10.
9 Pf. pro 100 Stück M. 6.—.
Versand gegen Nachnahme.
Ins Feld gegen Vereinsendung.
Carl M. Köckeritz, Berlin O 34
Warschauer Str. 33
Fernsprecher: Amt Königs 8796.